

# CHRISTIN CHRIST UND CuS SOZIALISTIN SOZIALIST

**Blätter des Bundes der  
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten  
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf  
5,- DM

Neue Folge  
19. Jahrgang

November  
1995

**3/95**

Dieter Stork

Die Krise des Religionsunterrichts

Erhard Griese

„Reli für alle!“ Plädoyer für ein gemeinsames  
Unterrichtsfach „Religion

Konrad Braun

Religionsunterricht in der Berufsschule

Udo Fleige

„Ich kann es nicht mehr hören“ oder:  
Einige Gedanken zum Krieg in Ex-Jugoslawien

Matthias Nauerth

Die Linke und der Krieg

Ulrich Peter

Wahl in Berlin: SPD deutlich über 5%

Matthias Nauerth

Beobachtungen und Gedanken zum Zustand der SPD

## Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Ulrich Peter, Berlin

Reinhard Gaede, Herford

Udo Fleige, Tübingen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis Jährlich DM 20,-

(Ausland DM 25,-) incl. Porto

Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der religiösen

Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),

Postgiraamt Dortmund

189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo DM 30,- oder mehr. Beiträge über DM 20,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist kooperiert mit »Neue Wege«, Zürich.

**Redaktion:** Reinhard Gaede (Schriftleitung), Laarer Str. 297, 32051 Herford

Lothar Bücken, Wetter

Erhard Griese, Düsseldorf

Rolf Köhler, Bad Schönborn

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Matthias Nauerth, Ellerbek

Christa Peter, Berlin

Ulrich Peter, Berlin

**Abonnements und Retours:**

BRSD, Postfach 2521,

72015 Tübingen,

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam

**Layout:** Andreas Hesse, Berlin

**Repro:** Umbruch, Berlin

**Druck:** Hephata-Werkstätten, Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

## Inhaltsverzeichnis:

Dieter Stork Die Krise des Religionsunterrichts – Oder: Religionsunterricht in Krisensituation?	4
Erhard Griese „Reli für alle!“ Plädoyer für ein gemeinsames Unterrichtsfach „Religion“ für alle Schulen und Schüler/innen	10
Konrad Braun Religionsunterricht in der Berufsschule	21
Udo Fleige „Ich kann es nicht mehr hören“ oder: Einige Gedanken zum Krieg in Ex-Jugoslawien	24
Matthias Nauerth Die Linke und der Krieg	30
Ulrich Peter Wahl in Berlin: SPD deutlich über 5%	35
Matthias Nauerth Scharping, Schröder und der demokratische Sozialismus. Beobachtungen und Gedanken zum Zustand der SPD	38
Ulrich Peter Der BRSD auf dem Kirchentag in Hamburg	43
Martina Ludwig Gut ist: Gerechtigkeit üben!	46
Ulrich Peter „Wie nah sind uns manche Tote, doch wie tot sind uns manche, die leben...“ Nachruf für Leo Kofler und Theo Pirker	47

Die nächste Ausgabe von CuS erscheint Anfang Dezember. Sie enthält u.a. mehrere Artikel, die sich mit der Wirtschaftsdenkenschrift von EKD und Bischofskonferenz beschäftigen.

## Editorial:

Spät kommt dieses Heft. Bei einer so kleinen Gruppe wie der unseren macht sich der Ausfall einer Person, im konkreten Fall durch einen Krankenhausaufenthalt eines Endredakteurs, sofort bemerkbar. Ein Heft bleibt dann solange liegen, bis derjenige wiederhergestellt ist. Dieses Heft hat zwei Schwerpunkte. Lange geplant war der Schwerpunkt „Religionsunterricht“. Befördert durch die Diskussion zum LER- (Lebensgestaltung-Ethik-Religionen) Unterricht im sozialdemokratisch regierten Bundesland Brandenburg, hat das Thema „Zustand und Zukunft des Religionsunterrichts“ (RU) eine neue Qualität bekommen. Erstmals gibt es ein Bundesland ohne konfessionellen Religionsunterricht, erstmals muß die Amtskirche befürchten, daß ihr die Schulen verschlossen bleiben. Im Gegensatz zu manchen Gruppen etwa aus dem IKVU-Spektrum vermögen wir im LER nicht die Alternative zum bisherigen RU zu erkennen. Diese Diskussion ist mittlerweile völlig ideologisiert und verläuft nach der Methode „entweder-oder“. Der Berliner Bischof Huber nennt LER „staatlichen Weltanschauungsunterricht“, was jeder gelernte DDR-Bürger sofort mit Staatsbürgerkunde unseliger Zeiten gleichsetzt, und ein Mitglied der brandenburgischen SPD-Landtagsfraktion wird im Spiegel 45/1995 mit dem Satz „Was Werte sind in diesem Land, das bestimmen wir!“ zitiert. Besonders ärgerlich ist der Umstand, daß die BefürworterInnen von LER mit einer völlig überholten Karikatur eines missionarischen Konfessions-RU operieren, weil es sich dann besonders gut kritisieren läßt. Fünf Jahre Diskussion haben daran nichts geändert. Die Amtskirche argumentiert ihrerseits weniger inhaltlich als grundgesetzlich-juristisch und betont ihr „Grundrecht“ auf schulischen RU. Beide Seiten haben sich in ihren Schützengräben mittlerweile wohlich eingerichtet.

In den 60er Jahren gab es in der Religionspädagogik eine Kontroverse über „bibel- oder problemorientierten Unterricht“. Ergebnis gerade für kritische, befreiungstheologisch ausgerichtete Religionslehrerinnen und -lehrer war die Wiederentdeckung der Bibel als politisches Buch.

In der heutigen Schulpraxis und der gesellschaftlichen Diskussion muß sich der RU daran messen lassen, was er zusätzlich zum normalen Fächerkanon einbringen kann, was er für die Schülerinnen und Schüler austrägt. Wir glauben, daß die RU-Praxis hier weiter ist als ihre öffentliche Darstellung durch die kirchenamtlichen Repräsentanten. Zu dieser inhaltlichen Debatte und ihrer Versachlichung sollen die drei RU-Aufsätze in diesem Heft beitragen.

Die zwei Jugoslawien-Artikel haben wir aufgrund des beschlossenen Einsatzes von Bundeswehreinheiten auf dem Balkan ins Heft genommen und um etwas Licht in die verdunkelten Köpfe vieler Linker in Kirche und Gesellschaft zu bringen. Es ist beschämend, wie schnell ganze Gruppen und Organisationen ihre bisherigen Positionen gegen Bundeswehreinätze außerhalb des Nato-Bereichs über Bord werfen. Matthias Nauerth und Udo Fleige untersuchen die Begründungen für diese Einsätze und liefern Argumente gegen das Verkleistern der Gehirne.

Die Abonnentinnen und Abonnenten werden etwa 2-3 Wochen nach diesem Heft die Nr.4/1995 in der Post haben, so daß wir ab 1996 wieder den regulären Erscheinungsrhythmus einhalten können.

Liebe Grüße Eure Redaktion

## Die Krise des Religionsunterrichts - Oder: Religionsunterricht in Krisensituation?

### I

Der Religionsunterricht sei in einer Krise, hört man allenthalben, hier und da. Der Streit um das Kreuz, wie ihn das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ausgelöst hat, scheint diese Vermutung zu bestätigen. Hört man auf die Bundesrichter in Karlsruhe und auf Theo Waigl, die Bildzeitung und die Katholischen Bischöfe, so steht alles Religiöse in Kirche und Gesellschaft vor dem Aus.

Die lautstarke Debatte, die nun auch noch zur Wahlverstärkung erhalten muß, vermischt mit der Richterschelte, die den Karlsruhern gilt, verwischt aber nur die wirkliche Problematik, verschiebt die Perspektiven ins Groteske. Denn wem soll ein Kreuz im Klassenzimmer nutzen, wenn ein ganzes Volk kaum noch weiß, für was und wen das Kreuz ein Symbol ist?

Natürlich heißt es gleich: Oho, nicht so populistisch, so dem Volke nach dem Munde geredet. In Bayern, und da schließen wir unsere Evangelischen mit ein, wissen wir sehr wohl, wofür ein Kreuz gut ist, wofür es steht.

### II

Aber Behauptungen und Gegenbehauptungen über Wissen und Nichtwissen bringen uns nicht weiter. Ob nun mit oder gegen Karlsruhe, mit oder gegen die CSU, 63% unseres Volkes treten dafür ein, daß sich die Kirche vorrangig der Kinder- und Jugendarbeit widmet, erstaunlicherweise nur 53% der Befragten stimmen dafür, daß die erste Aufgabe der Kirche die Diakonie sei. Dreiviertel aller Befragten dieser Reprä-

sentativumfrage möchten den RU an öffentlichen Schulen belassen, nur 19% lehnen in ab. Die derzeitige Regelung, die Kirchensteuer vom Finanzamt einziehen zu lassen, wird dagegen von 61% aller Deutschen abgelehnt (epd-Notiz vom 29. August 1995 in „botschaft aktuell“, nach einer Forsa-Repräsentativbefragung im Auftrage der Zeitschrift „Die Woche“).

Der RU, oft zitiert, oft längst totgesagt, lebt. Er ist also eine Institution im Volke, die – erstaunlicherweise – vom Volke gewünscht und getragen wird?

Wenn es denn so ist, mag das seine Gründe haben. Vielleicht fühlen die Menschen instinktiv, daß Mediengötter und der Tanz ums Goldene Kalb doch nicht die Wahrheit des Lebens ersetzen können? Daß die Machbarkeit des Machbaren, das sich mit Stärke durchsetzen werde, nur eine billige Macher-Ideologie abbildet, jedoch zu Liebe, Zärtlichkeit und übrigem, wonach sich der Mensch sehnt, nicht befähigen kann?

### III

Der Sozialismus, heißt es flott triumphierend oder gönnerhaft leichthin, habe endgültig abgewirtschaftet. Man solle doch keine säuerliche Leichenbittermiene zum guten Spiel machen, gellt das Triumphgeheul durchs Land. Man habe es schon immer kommen sehen und längst gewußt.

Sicher, der Sozialismus – ein Un-Weg, eine Sackgasse! Aber was ist der Kapitalismus? Was bleibt uns außer der Siegerpose? – Nichts als ein bitterer Nachgeschmack?

Die Unterwerfung unter ein kapitalistisches Denken und Handeln ist längst nicht die letzte aller glorreichen Wahrheiten: Der Stärkere gewinnt. Wer zu schwach ist, geht eben unter. Jeder muß sehen wo er bleibt. Es muß sich alles rechnen, die Wirtschaft, die Gesundheit, das Soziale, die Bildung, die Kultur. Was sich nicht rechnet, hat von vornherein den Geruch des Bösen, des Dekadenten in sich, das nicht überleben wird.

Freilich, wer der Rechenmeister ist, der kurzfristig die Formeln für dieses Einmal-eins des Monetären aufstellt, bleibt zunächst dem allgemeinen Menschen verborgen. Wer das Nullsummenspiel zu Ende spielen wird, noch mehr. Welche Ziele diese neue Spielart dieses Monetarismus beinhaltet, wissen nur die Eingeweihten. Daß es nach diesem System Millionen Arbeitslose, Dumme, Ausgeflippte, Zerbrochene gibt, ja geben muß, gehört zu den Geheimregeln dieses Spiels, die niemand so recht kennen will. Aber es stimmt: Diese Nebenprodukte sind eben nicht nur Nebenprodukte, sondern, o Schreck, zynisches Mittel zum Zweck!

### IV

Die biblischen Lehren des Mose, der Propheten und Jesu stehen beidem entgegen, dem starren Festhalten an kirchlicher Macht in einer säkularisierten Gesellschaft, aber auch den perfiden, sehr sublimen Ausbeutersystemen des Geldes und der Macht, die in einer spät- oder nachkapitalistischen Gesellschaft, wie wir so glatt formulieren, kaum noch jemand bemerkt.

Ohne jetzt lauthals zu Karl Marx und Friedrich Engels, zu Lenin und Mao zurückflüch-

ten zu wollen (das bedeutete nostalgische Verzerrung und neue böse Irrtümer des Menschen), bleibt doch ein Rest, jene biblische Befreiungsbotschaft, die dem Menschen die Befreiung für dieses Erdendasein zusagt, nicht erst für den Himmel. Der Mensch soll seine Befreiung leben, heute. Nur eine befreite Menschheit wird der wahren Menschlichkeit auf die Spur kommen.

Es bleibt auch diese Botschaft, daß alle Befreiung nicht die Befreiung des Individuums zu einer unendlichen individuellen Freiheit meinen kann. Freiheit ist an die Geschwisterlichkeit aller Menschen gewiesen. Sie bindet sich weder an Völker noch an Rassen, weder an Religionen noch an Kulturen. Sie ist die eine Freiheit der einen Menschheit, die Aufrichtung aller Schwachen.

### V

Mose, der Sklaven verschiedener Kulturen und Sprachen aus dem Unterdrückerstaat Ägypten befreite, macht in dieser Befreiung Jahwe als den Gott aller (hebr. iwrim) Unterdrückten, Hergelaufenen, Sklaven, Landlosen, Rechtlosen, Heimatlosen bekannt. Im ersten Gebot wird dieser Glaube, diese Botschaft, ja, diese Ethik der Befreiung verankert. Im Dekalog und vor allem in der weiter ausführenden Sozialgesetzgebung Israels wird diese Ethik der Befreiung ausgeführt.

Jesus bildet aus dem Volk (aram. am ha arez)

den Kreis seiner Jünger, der aus Kranken, Armen, Verstoßenen, geschändeten Frauen, verfolgten Männern zusammenwächst. Diesen Schwachen und Außenseitern



erzählt er vom Gott der Liebe, sammelt sie in seiner Schutzgemeinschaft.

In der Bergrede und ihrer Einleitung, den Seligpreisungen, wird das biblische Ethos, im Sinne einer mosaïschen und prophetischen Theologie aufgegriffen und verstärkt.

Im *Gekreuzigten*, der selbst der Verfolgung anheimfällt, wird die Befreiungsbotschaft des Moses und der Propheten in der Urgemeinde aktuell, wie sie damals und heute als *Vision einer Auferstehung* aus Elend und Unterdrückung vor dem inneren Auge ersteht.

Wie trägt Paulus vor? Es existiere hier weder Mann noch Frau, weder Sklave noch Herr, weder Jude noch Grieche. Die Menschen seien allzumal einer in Christus (Gal. 3,22). Die Auferstehung meint die Vision einer neuen, zum Frieden und zur Freiheit, zur Chancengleichheit befreiten Menschheit.

## VI

Die Dauerherrschaft der Armutskartelle, denen niemand entrinnt, die Kontrolle durch Geheimpolizei und politische Haft, wenn politische Gegner unbequem werden, die Gefangenschaft im Labyrinth der Slums der Vorstädte, weil Korruption und Habgier eine gerechte Entwicklung verhindern, jene Ausweglosigkeiten, in Schuldverklavung, die nie aufhört, verstrickt zu sein, die bedrückende Bevormundung und Ausbeutung aller Armutsvölker durch die Industrienationen, alle jene vom Kapital gemachten Kriege, gewollte Arbeitslosigkeit und Scheinprosperität, Drogendeals im großen Stil, Mafiaherrschaften und die Angst vor solchen Herrschaftsmustern, die weltweite Blockbildung im Medienbereich und die Aufrichtung der Herrschaft dieser sogenannten vierten Säule der Demokratie, mit deren Hilfe dann schnellstens die Menschheit verdummt und die Demokratie

abgeschafft wird, das alles sind Mittel, um das Volk in Knechtschaft festzuhalten.

## VII

Und wer hilft da heraus? Das ist die zweite Frage. Die erste muß lauten: Wer schenkt die Klarheit des Denkens und die Zärtlichkeit einer neuen Hoffnung für uns Menschen? Wer sagt uns, daß diese Knechtschaften wirklich Knechtschaften sind, aus denen Befreiung geschehen kann und muß? Wer klärt uns auf, daß unser Dasein nicht in Seinsstrukturen einbetoniert bleibt, was niemand ändern könnte, was wir einfach hinnehmen müßten? Wer verkündet uns den neuen Himmel und die neue Erde, die heute hier, zwischen Himmel und Erde, anfangen können, sollen, werden? Wer gibt uns den Mut, den befreienden Gott auszurufen, der uns den Himmel und die Erde, das Land und das Wasser, den Regenwald und die Quellen und, last not least, den befreiten Menschen so schenken wird, daß wir selbst neu beginnen?

## VIII

Religionsunterricht ist für mich eine wesentliche Möglichkeit, aus dem Material der Bibel mit dem Menschen über seine Ziele, über seine Rechte und Pflichten heute und morgen ins Gespräch zu kommen. Wer bin ich, wohin will ich, soll ich, was macht mich zum Menschen, wie werden ich, du und wir zur menschlichen Gesellschaft? Auf diese Fragen soll ich im RU, zusammen mit den mir anvertrauten Menschen, nach Antworten suchen.

## IX

Religionsunterricht soll und kann den Weg zeigen, wie wir Menschen leben sollen und können. Weder durch Aufrüstungen noch durch Hetzparolen einer nationa-

listischen Pseudobefreiung, weder durch gnadenlose Ausbeutung dieser Erde noch durch weitere zynische Verknechtung des Menschen, weder durch Rassenhaß noch durch postmodernen Imperialismus und gnadenlose Geldgeschäfte werden wir frei werden. Diese Wege führen uns nur tiefer

in apokalyptische Verstrickung, in den Untergang aller.

## X

Wir benötigen Bilder und Modelle prophetischen Denkens, müssen uns der Sozialgesetzgebung des AT erinnern, sollen die

### Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahrszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM  im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.:  bis

Heft Nr.:  /bis auf Widerruf für

Name  
und  
Anschrift:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM  im Jahr

BestellerIn:

Datum:  Unterschrift:

Auseinandersetzung, die die Ohnmacht mit der Macht führt, suchen.

Ein ökumenischer Weltenweg der Menschen ins Teilen, bis daß keine Not mehr da ist, muß neu gesehen und gelernt werden.

Die Versöhnung der Völker eröffnet Zukunft, nicht der derzeit oft geübte Genozid. Das muß in unsere Köpfe wieder rein, statt jener stupiden Nationalismusidee, die jeden Fremden zum Feind macht.

Diesen Weg mit Kindern und Eltern zu gehen, ist Aufgabe der RU-LehrerIn, Aufgabe jeder LehrerIn, genau genommen.

## XI

Wenn es einen Aufbruch aus gesellschaftlichen Erstarrungen gibt, nachdem al-

ler Sozialismus sich selbst diskreditierte (so sehen es die einen) oder zur Aufgabe gezwungen wurde (so sehen es andere), bleibt nur ein Weg, den blinden, wütenden, alles verwüstenden Siegeszug des Kapitalismus zu stoppen:

Aus einer biblischen Vernetzung kann neu eine Hoffnung auferstehen. So muß ich meine Bibel lesen, daß ich den Weg der Solidarität mit den Armen gehe, anstatt sie als Asylanten zu beschimpfen.

Der Weg des Mose und seiner Sklavenschar aus Ägypten in die Wüste, Jesu Weg zu den Vergessenen, die Gemeinschaft der Gemeinde der Schwachen, der Katechismus der Urgemeinde, die Bergrede Jesu, das alles sind biblische Bilder, die mir und der Gesellschaft den Hoffnungsweg zeigen.

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

eine einmalige Spende in Höhe von DM ,

die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM  im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ  Konto-Nr.  einzuziehen.

Datum:

Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein  Neu-Abo  Alt-Abo

Wir können und sollen den Weg Jesu zu den Armen nachgehen, den Weg des Mose aus der Sklaverei seiner und unserer Zeit erproben. Die von Gott geschenkte Freiheit meint den Weg unserer Befreiung, den wir selbst gehen müssen.

## XII

Religionsunterricht, der sich gern auf überalterte, auf in einer multikulturellen Gesellschaft überholte Bastionen zurückziehen möchte und um hergebrachte Vor- und Sonderrechte bis zur Lächerlichkeit kämpft, soll sich auf das Kreuz besinnen, das Zeichen für die Macht der Ohnmächtigen.

Das Kreuz, sowohl Zeichen des Scheiterns wie auch des Sieges aus dem Scheitern, symbolisiert den Sieg der Menschenrechte aus dem Gewaltverzicht.

Es offenbart die unüberbietbare Solidarität eines leidenden und sterbenden Gott-es mit seinen leidenden und sich gegenseitig umbringenden Menschen.

Es symbolisiert auch die Unmöglichkeit, mit Macht, Gewalt und Krieg die Idee der Versöhnung, den Weg der Liebe, die Schritte des Vertrauens gewaltsam auslöschten zu können.

Mit Gewalt wird niemand die Gewalt beenden. Durch Gewalt wird die Gewalt immer weiter eskalieren. Das Haupt der Medusa. Gorgonenhaupt. Erst in der ohnmächtigen Niederlage des Gekreuzigten, im Weg des Gottesknechtes, der bewußt auf den Gegenschlag verzichtet, leuchtet die Macht der Ohnmacht, die Macht aller Ohnmächtigen auf. Der Gewaltverzicht ist auf Zukunft hin immer überzeugender als die Auslöschung des sogenannten Gegners durch die Anwendung einer brillanten Kriegstechnik.

Zusammenfassung der Bergrede: Überwinde das Böse mit dem Guten (Röm. 12,21). Auferstehung meint diesen Akt:

Mit leeren Händen, ohne Macht und Waffen, den Weg des Friedens zu gehen, des Teilens, der Versöhnung, des Gewaltverzichts. In österlichen Beispielen wird die Welt weiterwachsen, wird sie keineswegs heil, aber doch, von Atempause zu Atempause, stückweise geheilt werden können, durch uns, die Hoffenden, die Vertrauenden, die Liebenden (1. Kor. 13).

## XIII

Geschwisterlichkeit der Menschen, die Versöhnung von Mensch und Natur, der Friede, der aus dem Mut zur Abrüstung lebt, eine Gerechtigkeit, die den Schwachen stärkt und den Starken einsichtig macht.

Das Bleiben im gekreuzigten Menschen Jesus wie in der Geschichte der altt. Prophetie meint nicht leere Parolen schwachbrüstiger und lügenhafter Funktionäre. Solche Bilder nehmen im Holocaust aller Vergasteten, in den Folterqualen aller politischen Gefangenen und Propheten, aber auch in der Zärtlichkeit einer schmalen Mahlzeit, die vom Teilen lebt, leibhaftige Gestalt an.

Die hohen Worte, die hohlen Ideologien werden am Kreuz und im Ostergesang der Gemeinde mit dem Fleisch und Blut unseres eigenen Lebens umkleidet, zum Leben erweckt. Nicht wir täten dies, wir Menschen, der Mensch, die Krone der Schöpfung, das Schwein (Gottfried Benn), sondern der Menschensohn, in dem alle Menschlichkeit sich zur Gegenwart der Liebe sammelt.

## XIV

Religionsunterricht, der sich dialogisch aus den Bildern, Geschichten und Lebenszusammenhängen der Bibel entfaltet, und so die Befreiung des Menschen zu seiner Mitte macht und die Entfremdung des Menschen zu sich selbst aus der Offenbarung des liebenden Gottes heraus überwin-

det, sei dieser RU nun konfessionell oder ökumenisch, ist nicht nur möglich, sondern notwendig, um die Menschheit vor dem Untergang in Nützlichkeitsdenken, etwa nach den Spielregeln eines Kapitalmarktes oder eines Völkermordkrieges zu bewahren.

Es ist höchste Zeit.

Oft genug hat der RU der Vergangenheit und heute diese Ziele weder angestrebt, noch erreicht. Aber warum sollen wir nicht zu neuen Ufern aufbrechen, wenn alle alten Ufer längst verschlammten? Was bleibt uns anderes, als beim gekreuzigten Befreier neu in die Schule zu ge-

hen? Zuzulassen, daß das Kreuz von der Wand herunter in unsere Herzen steigt?

## XV

Und wer kann diesen Weg besser gehen als eine Kirche, die endlich zu Kreuze geht (keineswegs kriecht), und RU-LehrerInnen, die selbst die Macht des Gottes, der sich seiner Elenden erbarmt, in erkennbare, gelebte Weltgeschichte der befreienden Zärtlichkeit, der zärtlichen Befreiung umdenken wollen und diese Hoffnung als Samen in die Herzen von Kindern säen werden?

*Erhard Griese*

# „Reli für alle!“

## Plädoyer für ein gemeinsames Unterrichtsfach „Religion“ für alle Schulen und Schüler/innen

Kirchliche Jugendarbeit geschieht längst nicht mehr in konfessioneller Abgrenzung. Nicht nur Häuser der offenen oder teiloffenen Tür, die in sozialen Brennpunkten arbeiten, sondern auch ganz herkömmliche Gruppen, die sich mit Glaubensfragen beschäftigen oder Jugendgottesdienste mitgestalten wollen, beschränken die Teilnahme nicht auf die Angehörigen der eigenen Kirche. Weder Muslime noch Konfessionslose würden von gemeindlichen Jugendfreizeiten ferngehalten, und zwar nicht etwa, weil man sie zu „missionieren“ gedenkt, sondern weil man sich längst auf ein derartiges Miteinander eingestellt hat, das ja den tatsächlichen täglichen Lebensbedingungen nicht nur der Jugend entspricht. Man empfindet es als anregend und her-

ausfordernd, vor allem für die jugendlichen Mitglieder der eigenen Gemeinde, die sonst „im eigenen Saft schmoren“ und – was besonders für die Protestanten gilt – sich kaum zu religiösen Fragen provozieren lassen. Natürlich gibt es davon Ausnahmen wie die Ministrantenarbeit der katholischen Gemeinden. Aber da ist die Zuordnung selbstverständlich und wird akzeptiert.

Anders ist es weithin jedoch an den Schulen. Da wird der Zustand, der einstmals in den ersten Nachkriegsjahren den Bedürfnissen und Wünschen der Kirchen und Religionslehrer entsprach, weiterhin verlängert – besser gesagt: künstlich am Leben gehalten. Kaum einer will ihn wirklich, aber die Gesetze ordnen ihn an.

Daß dabei die unmöglichsten Aporien entstehen, ist klar. Vor Jahren schon fragte ich als Schulreferent eine Vikarin, was sie denn in ihrem Schulpraktikum außer „Religion“ (evangelische war natürlich gemeint) noch unterrichtete. Sie antwortete u.a.: „Katholische Religion.“ Mein Erstaunen war weniger von theologischer Qualität als vielmehr ganz pragmatisch: Wann ist denn eine Unterrichtsstunde eine „in katholischer Religion“? Wenn die Lehrperson katholisch ist? Nein, die ist ja eine evangelische Vikarin. Wenn die Schülerinnen und Schüler katholisch sind? Nein, das sind sie nur zum Teil. Wenn die Inhalte „katholisch“ sind? Auch das geht nicht so ganz; denn dieselben Themen – auch Papsttum, Beichte und Klöster – könnten auch in der evangelischen Reli-Stunde dran sein. Wenn diese Themen „katholisch“ behandelt werden, also die Lehrerin die katholische Lehre zu dem Thema und nur diese gelten läßt? Dann gäbe es landauf- landab kaum katholische Religionsstunden.

Ergebnis: Eine Unterrichtsstunde ist dann eine in katholischer Religion, wenn sie an der Wandtafel im Lehrerzimmer als eine katholische Religionsstunde ausgewiesen ist. Alle anderen Definitionen versagten vor der Realität.

Ich habe über fünf Jahre lang an einer Berufs- und Kollegschule faktisch „Religion für alle“ erteilt, das heißt: ausnahmslos immer für die ganze Klasse, vom Berufsgrundschuljahr bis zu den Abitur- und Fachabitur-Klassen (mit gleichzeitiger beruflicher Qualifikation) – mit einer Ausnahme: dem Abschlußjahr in der Erzieherinnen-Ausbildung, in dem die katholische Kollegin verpflichtet war, das Konzept ihrer Kirche für die Kindergartenarbeit zu behandeln.

Ich habe damit die besten Erfahrungen gemacht und rede deshalb hier nicht wie der Blinde von der Farbe. Ich muß aller-

dings eingestehen, daß ich die Ausweitung des Konzepts „Religion für alle“ über die Sekundarstufe II hinaus für Grundschule und Sekundarstufe I nur in der Theorie ansprechen kann. Für die Sekundarstufe I scheint mir dasselbe zu gelten wie für die Sek II, jedenfalls unter bestimmten, leicht herzustellenden Bedingungen. Dazu weiter unten Näheres.

Offen ist die Frage für die Primarstufe, abgesehen davon, daß die katholischen Instanzen – nicht die katholischen Religionslehrer – im allgemeinen ein solches Konzept nicht wünschen. Mein Vorschlag wäre folgender: Auch in der Grundschule ist „Religion für alle“ denkbar: Im ersten und zweiten Schuljahr ein gemeinsamer Unterricht in biblischen Geschichten und christlicher Feiertagskunde für alle Kinder, auch die konfessionslosen, muslimischen und sonstigen Kinder. Am besten wird dieser Unterricht, wie es auch weithin geschieht, durch die Klassenlehrerin, im ersten Schuljahr vor allem innerhalb des „Gesamtunterrichts“ durchgeführt. Im Grunde knüpft solcher Unterricht an das an, was in allen Kindergärten auch gemacht wird. Weihnachten und Ostern, Erntedank und St. Martin werden ja auch dort behandelt, zwar mehr oder weniger intensiv, aber doch immer für alle Kindergartenkinder. Legitimiert ist die Thematik „Biblische Geschichten und christliche Feiertagskunde“ dadurch, daß in unserem Land die christliche Tradition in biblischen Motiven und gesetzlichen Feiertagen auch das äußere Leben der Gesellschaft unabhängig vom persönlichen Glauben oder der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft prägt. Um sich in dieser Gesellschaft auszukennen, sind Grundkenntnisse dieser Art unverzichtbar.

Im dritten und vierten Schuljahr nun wird sich die Thematik erweitern auf andere Religionen als die christliche, nämlich Ju-

dentum und Islam, wozu vor allem auch Festtage und Feiertagsbräuche gehören, die die Kinder kennenlernen sollen. In diesen beiden Jahrgängen ist die Chance zu intensiver Begegnung mit den „real existierenden Religionen“ zu nutzen. Das kann und soll geschehen durch Besuche in Kirchen, Moscheen und Synagogen, Kontaktstunden mit den „geistlichen“ Vertretern der Religionen und durch Einbeziehung der Eltern und deren Kontakt untereinander in dieser spezifischen Hinsicht. Es könnte und sollte auch durch begleitende wöchentliche Schulgottesdienste (konfessionell ebenso wie „ökumenisch“) geschehen und vor allem durch die Möglichkeit, daß in diesen beiden Jahren die Kirchen in der Schule ihre eigenen Arbeitsgemeinschaften zur Vorbereitung auf Erstkommunion/Abendmahl halten. (Ebenso könnten andere Religionsgemeinschaften auf ihren Wunsch Entsprechendes veranstalten.) Der Gedanke, Kinder in dieser Altersphase auf die Teilnahme am Abendmahl vorzubereiten und einzuladen, wird in stark zunehmendem Maße von vielen evangelischen Gemeinden erwogen oder in die Tat umgesetzt. Erfahrungen damit habe auch ich drei Jahre lang gemacht. Sie sind durchweg erfreulich, wie es auch von katholischen Gemeinden weiterhin zu berichten ist. In dieser Altersstufe ergibt sich auch eine gute Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den Eltern bzw. deren Neumotivierung, wie sie bei Jugendlichen in der beginnenden Pubertät nicht mehr gegeben ist. Damit wären die meisten Kinder innerhalb der Grundschulzeit mit ihrer eigenen Religion bzw. Konfession so vertraut geworden, daß nunmehr einem gemeinsamen Religionsunterricht nichts entgegensteht. Dabei wird sich dieser Unterricht zunächst, etwa in den Jahrgangsstufen 5 bis 7, durchaus vorsichtig an die Diskussion unterschiedlicher religiöser Bräuche und Glaubensvorstellungen herantasten, um die Kinder noch nicht zu Überfordern.

Zielvorstellung ist bei alledem die aufmerksame, respektvolle und womöglich einfühlsame Wahrnehmung der „anderen“, die zugleich der Vergewisserung der eigenen Identität dient. Diese Wahrnehmung des „anderen“ verdeutlicht gleichzeitig das Grundprinzip der biblischen Ethik: daß mein Handeln dem anderen zum Leben diene. Vor allem evangelische Jugendliche aus der aufgeklärt-bürgerlich-liberalen Welt des großstädtischen Protestantismus brauchen die Begnung mit anderen Glaubensweisen und die Provokation durch sie, um bei sich selbst religiöse Fragen zu entdecken. Von der 8. Jahrgangsstufe an, in die in den meisten evangelischen Gemeinden nach wie vor die Konfirmation fallen wird, ebenso wie die katholische Firmung, und vollends dann in den folgenden Klassen wird sich „Religion für alle“ schlechterdings als die Lösung erweisen, die aus den z.T. unsäglichen Aporien von heute heraus helfen kann.

Dazu folgende Argumente:

1. Es entspricht in jeder Hinsicht dem Lebensgefühl und den Erwartungen der Jugend, gemeinsam in Religion unterrichtet zu werden, wie es auch in Politik, Geschichte oder Sexualkunde der Fall ist – wobei ich hier diejenigen Fächer benannt habe, in denen durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Praktiken in den Familien und gesellschaftlichen Gruppierungen bestehen.

2. Es entspricht aber – und das ist noch weit gewichtiger – auch den gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Pflichten, seit Hoyerswerda, Solingen, Lübeck dringender denn je. Die bei uns lebenden und heranwachsenden Generationen müssen mit aller denkbaren Intensität auf das Zusammenleben und gegenseitige Kennen und Verstehen der verschiedenartigen Gruppen, Religionen und Herkunftsvölker hin erzogen werden. Dabei ist dem Kundigen klar,

welch ungeheuerere Rolle „Religion“ bei dieser Vielfalt wie bei den Chancen zu einem menschlichen Zusammenleben spielt. Religion verstärkt und begründet sowohl Distanz voneinander wie auch die Entdeckung von Gemeinsamkeit und das Ethos der Menschlichkeit als religiöse Pflicht. Jede der in unserem Land lebenden Religionen enthält in ihren Ursprüngen einen Schatz an Impulsen zu Mitmenschlichkeit, Ehrlichkeit und Toleranz, ja zur Ehrfurcht vor Gott und dem Leben seiner Schöpfung, und kann darum zum Gehorsam gegenüber den göttlichen Weisungen anleiten. Damit klingt ein weiteres Argument an, das mir sehr wichtig erscheint:

3. Es wäre eine grandiose Oberflächlichkeit und letztlich Selbsttäuschung (die allerdings bei manchen Vertretern eines „neutralen“ Ethik- oder Religionsunterrichts nicht auszuschließen ist) zu meinen, ein solches Fach könnte sich auf so etwas wie „Ethik“ beschränken oder eine neutrale, „objektive“ Religionskunde darstellen. Dahinter stehen nicht selten Modelle einer Religionswissenschaft oder Religionssoziologie, die außerstande ist, Wesen und Eigenart der Religion wirklich zu würdigen, sie vielmehr einem vorgefaßten Kriterium, das anderswoher genommen ist, unterwirft oder sich in der lexikalischen Aufzählung äußerlicher Richtigkeiten verliert.

Im Grunde brauchen aber die Anforderungen an Lehrende und Curricula eines Faches „Religion für alle“ nicht grundsätzlich anderer Natur zu sein als in anderen Fächern auch, jedenfalls den „benachbarten“ wie Geschichte, Politik, Literatur, Sexualkunde, Hygiene, Wirtschaft, – fast könnte die Liste noch bis zur Vollständigkeit aller Schulfächer weiter geführt werden. Selbstverständlich kann doch ein SPD-naher Lehrer Politik „für alle“ unterrichten, und wenn er etwas taugt, wird er nicht ohne persönliche Anteilnahme beschreiben

können, welche Funktion die CSU bei der Entwicklung Bayerns von einem Agrarstaat zu einem modernen Industrieland mit technologischen Schwerpunkten gespielt hat und wie dies alles erst in zähem Ringen z.B. mit den Traditionen der „Bayernpartei“ geschehen konnte. Dabei soll vom Lehrer auch angesprochen werden und ist jedem Schüler überlassen, für sich selbst festzustellen, und zu entscheiden, daß vielleicht an der urigen Widerständigkeit der Bayernpartei von damals auch etwas dran war – was vielleicht erst bei den Grünen wiederentdeckt wurde, da freilich doch in anderer Gestalt. Ähnliche Beispiele liegen auf der Hand. So wird kein Pädagoge, der seinem Beruf gerecht wird, leugnen, daß die Arbeiterbewegung eine ungeheuerere Bedeutung für Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit hatte, auch wenn er heute eine andere Partei als die SPD wählt. Gerade das Beispiel des Lehrers und der Lehrerin, die ihre persönliche Option nicht verbergen, sie auch begründen, aber gleichzeitig andere Sichtweisen so darstellen können, daß sie von deren Repräsentanten wiedererkannt werden, das heißt, sie in ihrer jeweiligen Besonderheit zu würdigen, das hilft der Jugend zu einer Toleranz, die sich nicht in Oberflächlichkeit und „anything goes“ verliert. Auch eine Hauswirtschaftslehrerin, die für sich selbst vegetarisch lebt oder nur Vollwertkost zu sich nimmt, wird zeigen können, wie man Schinkennudeln macht oder erläutern, wie Leberkäs hergestellt wird.

Das alles bedeutet nicht gleichgültige Neutralität. Wer Geschichte unterrichtet, muß von Geschichte fasziniert sein. Ein politisch abstinenter Nichtwähler kann nicht Politik unterrichten. Ein Literaturlehrer ohne Liebe zur Literatur ist undenkbar. Wer Sexualkunde unterrichtet, muß sich seiner Verantwortung bewußt sein. Selbst wer Mathematik unterrichtet, ohne von ihr begeistert zu sein, reibt sich und seine Klassen

mit der Zeit in unerträglicher Weise auf. Das heißt: Selbstverständlich muß ein Lehrer und eine Lehrerin eines solchen Faches „Religion für alle“ von Religion überhaupt schlechterdings fasziniert sein. Sie müssen erspüren und mitempfinden können, welche ungeheuerere Rolle religiöse Gefühle, Haltungen, Bräuche, Praktiken, Vorstellungen und Visionen für Menschen auf der ganzen Erde spielen. Und sie müssen das vermitteln können. Es muß ihnen klar sein,

daß bloße „Ethik“ und selbst der Aspekt „Lebensgestaltung“ nur die Oberfläche ritzen, unter der die Lava religiöser Erlebnisse und Impulse kocht.

Damit bin ich beim vierten Argument: Nur „Religion für alle“ wird dem An-

spruch gerecht, aus binnendeutscher Provinzialität hinaus in einen wirklich ökumenischen Horizont zu führen. Das ist für die Erziehung und Bildung der nachwachsenden Generationen bitter nötig. „Ökumene“ im Sinne der bewohnten weltweiten Erde ist nicht dadurch zu gewinnen, daß amerikanische Modetrends kopiert und Filme mit englischsprachigen Titeln versehen werden, auch nicht, indem hie und da exotische Hits in der Popmusik auftauchen, sondern erst durch die Wahrnehmung des Lebensgefühls anderer Völker, und dazu gehört in einem weit höheren Maße, als es sich die Bewohner Mitteleuropas vorzustellen vermögen, Religion in all ihren Formen. Daß dabei nicht die institutionalisierte Religion allein oder ihre auf abstrakte Sätze und Begriffe reduzierte Gestalt gemeint sein dürfen, sondern die tagtäglich gelebte, das persönliche Leben, die Politik und die

Träume bestimmende Religion, ist ein wesentlicher Zug, der erst hervortritt, wenn die Enge postmoderner Gleichgültigkeit und Beliebigkeit überwunden wird. So ist „Transzendenz“ in einem doppelten Sinne ins Auge zu fassen: das Überschreiten unserer naturwissenschaftlich geprägten Wahrnehmungsweisen ebenso wie das Transzendieren unserer beschränkten, sozio-kulturell eingeeengten Selbstverständlichkeiten. „Religion für alle“ wird gegen die Scheuklappen gerichtet sein, die auch und gerade in einer von Technologie und Medien geprägten Kultur dem heranwachsenden Menschen wesentliche Wahrnehmungen verweigern.

Ein letztes Argument bezieht sich auf die pädagogische Welt der Schulklasse. In zunehmendem Maße sind Schulklassen – und Kurse an differenzierten Oberstufen – in mehrfachem Sinne des Wortes „plural“ zusammengesetzt. Der „Klassengeist“ von ehemals, der aus der Klasse eine verschworene Gemeinschaft machte (die sich auch gegen die Lehrperson richten konnte), gehört der Vergangenheit an. Es ist mit fortschreitender Jahrgangsstufe immer weniger möglich, die verschiedenartigen Jugendlichen „unter einen Hut“ zu bringen. Ethnische Herkunft, religiöse Interessen oder Bindungen, politische Einstellungen (zu denen auch die strenge Abstinenz gehört!) sowie Geschmäcker, Moden und Formen der Lebensgestaltung differieren mehr denn je. Toleranz wird zunehmend zu einem „laissez-faire“, bei dem auch gleichgültig ist, was andere außerhalb der Schule tun und lassen. Lediglich feste Cliques, in die hineinzukommen oder aus denen auszubrechen schwierig ist, bilden einen Gegenpol dazu. Um so wichtiger ist das Angebot eines fruchtbaren, offenen und konzentrierten Gesprächs untereinander. Es ist widersinnig, gerade im schulischen Religionsunterricht die Jugendlichen auseinanderzudividieren. Die Schule hat auch die

pädagogische Aufgabe, zu einem Minimum an Integration beizutragen. Dabei ist das Miteinander und der Dialog in Sachen „Religion“ unverzichtbar. Gerade weil „Religion“ weithin zu einem Tabu geworden ist, das der Privatsphäre angehört, muß die Schule mit ihrem Auftrag hier gegensteuern. Das bedeutet nicht, rasch und unbekümmert bis hin zum seelischen „strip-tease“ über die tiefsten persönlichen Glaubens-Themen zu plaudern. Daß der Weg zu einem offenen, mitteilbaren Gespräch, das anderen Einblick gibt in die eigene Religion, mühsam ist, gehört zu den notwendigen Erfahrungen, die Ehrfurcht, Respekt stärken und Verständnis wecken können.

Ich habe es oft genug erlebt, wie türkische und marokkanische Schülerinnen geradezu aufatmen, wenn sie nach behutsamen Herantasten merken, daß da ein Lehrer etwas von ihrer Religion versteht und einen Ort schaffen kann, an dem sie sich zum ersten Mal gegenüber deutschen Mitschülerinnen über ihre Religion äußern können. Manchmal galt dies sogar für das Gespräch zwischen Türkinnen einerseits und Marokkanerinnen andererseits, die ja zu ihrer Kommunikation die deutsche Sprache brauchen, in der sie zum ersten Male Sätze über ihre (gemeinsame!) Religion formulieren und sich – mit Hilfe des Lehrers und angesichts der deutschen Mitschüler/innen – verständigen, ob man statt „Allah“ auch „Gott“ sagen kann (Ja!) und ob die Moschee auch „Kirche“ und der Imam auch „Pfarrer“ genannt werden kann (Nein!). Ganz zu schweigen von der für Türkinnen fast erschütternden, jedenfalls überraschenden Erkenntnis, daß es Deutsche gibt, die an Gott glauben und seine Gebote achten wollen.

„Warum hört man davon in Deutschland nichts?“ ist eine Frage, die zumindest in Großstädten nicht verwundert. Ich habe schon auf Aufforderung von Schülern hin in einer ersten Stunde die Frage gestellt,

wer an Gott glaubt, und das Ergebnis war: Alle (!) Deutschen sagten Nein, alle Italienerinnen, Portugiesen, Griechen, Türken, Marokkanerinnen und Koreanerinnen sagten Ja. Natürlich muß man das dann thematisieren, in der Richtung, daß das Ergebnis nicht bedeutet, daß in Deutschland alle Menschen Atheisten sind, sondern daß beide Antworten jeweils „zum guten Ton gehören“ und wiedergeben, wie man von den anderen eingeschätzt werden möchte. Und dann kann man darüber nachdenken, warum das so ist.

Was bedeutet es – um ein anderes Beispiel zu nennen –, wenn Muslime und Katholiken zusammen Dias aus Israel betrachten und beide wahrnehmen, daß gegenüber der Geburtskirche von Bethlehem die nach der Mutter Jesu, Mirjam (wie sie in der Bibel heißt), genannte Moschee steht, wie überhaupt natürlich das Thema „Judentum“ in einem Religionsunterricht für alle mit einem ganz außergewöhnlichen Interesse rechnen kann: als „Wurzel“ für Christentum und Islam, und als eine Religion, der in der Regel niemand angehört, die also unser aller Offenheit und Lernfähigkeit herausfordert, ohne daß eine Gruppe bereits näher mit ihr vertraut ist. Aber auf einmal werden die eigenen Traditionen noch



besser verständlich, wenn man sich gemeinsam der „Wurzel“ zugewandt hat.

Natürlich wird die Lehrperson in einem solchen Unterricht als Instanz für alle Religionen betrachtet. Ich bin auch schon von einer muslimischen Fachoberschülerin gefragt worden, wie sie es denn mit dem Ramadanfasten halten soll, das gerade in ihre Klassenfahrt nach England fällt. Und ich habe ihr wahrheitsgemäß gesagt, es sei auch erlaubt, die fehlenden Fastentage, die sie bei der Englandtour eventuell nicht halten kann, nach Beiram „hintendran“ zu hängen; allerdings sei das natürlich schwieriger, weil man dann für sich allein fastet und nicht die Unterstützung durch Familie und religiöse Gemeinschaft hat; wenn man es aber doch so versucht, kann es eine wichtige Glaubenserfahrung im ganz persönlichen Bereich sein. Der Muslim spricht ja von „seinem Islam“ im Sinne seiner jeweiligen persönlichen religiösen Praxis, die er zunehmend, von Erfahrung genährt, erweitert und stärkt.

Ein anderes Beispiel, das ich gern erzähle, weil es die für Muslime typische Erwartungshaltung wiedergibt: Ich komme in eine Klasse, in der gerade muslimische Schülerinnen darüber diskutieren, ob man das Fleisch einer Häsın essen darf, die geschlachtet wurde, während sie „ihre Tage“ hatte. Sogleich werde ich danach gefragt, und als ich im ersten Moment etwas unsicher durchblicken lasse, ich wüßte es nicht, kommt die Reaktion: „Das wissen Sie nicht? Religion – da sind Sie doch Lehrer dafür!“ Durch keine andere Anekdote ließe sich besser verdeutlichen, was „Religion“ für den Islam ist – und wie anders unsere neuzeitlich-europäische Definition von Religion aussieht. Da ich lange Zeit an einer Berufsschule mit den einschlägigen Fächern unterrichtet habe, kann ich das Wesen des Islam u. a. damit illustrieren, daß ich erklärte: Wenn wir eine islamische Schule wären, dann brauchte es gar keinen speziellen Re-



ligionsunterricht zu geben, aber Hauswirtschaft/Nahrungszubereitung, Geschichte, Politik, Sozialkunde, Wirtschaftslehre und Hygiene wären keine getrennten Fächer, sondern ein einziges zusammenhängendes Fach.

Daß wir sogar Schulgottesdienste vor Weihnachten mit allen SchülerInnen (und Lehrerkollegen) gefeiert haben und muslimische Schülerinnen an Vorbereitung und Gestaltung beteiligt waren, wird nur den verwundern, der die Welt nicht kennt oder bei seinen Vorurteilen verbleibt. Ich erinnere mich z.B. an eine sehr schöne Serie von Dias, die vornehmlich muslimische Schülerinnen vom Trubel der Adventszeit in den Einkaufsstraßen und Kaufhäusern gemacht und zu denen sie in einer bunt gemischten Gruppe besinnliche Texte entworfen hat-

ten. Sage mir im übrigen niemand, der Respekt vor Jesus sei bei Muslimen geringer als bei Christen! Das Gegenteil ist der Fall, wie überhaupt alle von den ausländischen Mitschülerinnen lernen können, daß Religion etwas ist, dem sich der Mensch mit großer Ehrfurcht zu nähern hat. Das flotte ironische Geschwätz, das Deutschen so rasch auf die Zunge kommt, wenn von Religion die Rede ist, ist in anderen Kulturen unbekannt und gilt als ungehörig. Natürlich ist Kritikfähigkeit nötig, aber schnoddrige Ironie darf nicht die Alternative sein.)

Zu diesem Thema gehört nach meiner Erfahrung ganz wesentlich die Begegnung mit griechischen Jugendlichen und ihrem orthodoxen Glauben. Während bei den Jugoslawen mit orthodoxer Familientradition, d.h. zumeist den Serben, vor allem wenn sie schon seit mehr als einer Generation hier leben, die Bindung an ihren ursprünglichen Glauben fast verschwunden ist, gilt für die Griechen das Gegenteil. Ich schätze, daß keine der bei uns lebenden ausländischen Gruppen eine derartige Herzensbindung an ihre Religion hat wie die Griechen. Es scheint mir auch keine religiöse Gemeinschaft außer der griechisch-orthodoxen Kirche in unserem Land zu geben, bei der jedes Mitglied (etwa ab 14 Jahren) den Repräsentanten der Gemeinschaft (Metropolit Augustinos in Bonn) auf jedem Foto und in den meisten Fällen an der Stimme (auf Cassette) erkennt. Auch das ist eine provozierende und nachdenklich machende Erkenntnis.

Daß Griechen und Türken mehr gemeinsam haben, als sie selber manchmal wissen, kann auch im gemeinsamen Religionsunterricht zutage treten. Dabei denke ich nicht nur an die Strukturen innerhalb der Familie und die Einstellung der Väter und Großväter. Einmal sagten eine Griechin und eine Türkin, die nebeneinander auf der Schulbank saßen, beide lachend, daß ihre Väter und Großväter dies nicht wissen

dürften, wohl aber ihre Mütter und Omas – eine Gelegenheit, an die Rolle von Mann und Frau, an Macht in der Familie und jahrtausendealte Gegenstrategien gegen solche Macht zu erinnern.

Das andere Beispiel ereignete sich in einer Klasse, in der es, als ich – zur entsprechenden Jahreszeit – hereinkam, offensichtlich eine Diskussion gegeben hatte, ob der heilige Nikolaus ein Türke oder ein Grieche war. Beide Gruppen wollten ihn natürlich für sich beanspruchen, und ich mußte eine salomonische und zugleich zutreffende Antwort geben: Er war ein Grieche, der in der heutigen Türkei lebte. Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß noch heute in der Türkei Griechen leben (auch umgekehrt!) und vor allem der Ökumenische Patriarch der Orthodoxen Kirche in Konstantinopel = Byzanz = Istanbul residiert, zu dem auch die Metropole der griechisch-orthodoxen Christen in Deutschland gehört. Und ebenso eine Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es unzählige von Christen wie Muslimen verehrte Grabstätten von „Heiligen“ beider Religionen im gesamten Orient gibt, deren bedeutsamste das Grab Johannes des Täufers in Damaskus ist. Und in einer Schule mit so hohem Anteil an Schülerinnen nicht zu vergessen das (legendäre) Grab der Rahel an der Straße von Jerusalem nach Bethlehem, an dem Christinnen, Jüdinnen und muslimische Frauen für ihre Söhne und für den Frieden im Land beten.

Daß Jesus-Filme und die Frage, was Jesus wirklich getan und gesagt hat, bei einer Klasse ohne Trennung in Religionen auf ein Interesse stößt, das Evangelische und Katholiken je für sich allein nicht aufbrächten, ist klar. Wir wollen ja nicht nur den Film zur Kenntnis nehmen (der immer auch Schwächen hat, die zu diskutieren sind), sondern gleichzeitig unser aller Reaktion darauf. Neben „Judentum“ und „Jesus“ sind nach meiner Erfahrung „Tod und was

danach?", „Leiden – warum?“, „Ehrfurcht vor der Schöpfung“ und – vielleicht besonders an meiner damaligen Schule – „Tierversuche/Umgang des Menschen mit Tieren“ Themen, die Interesse wecken und in religiöse Hintergründe wie in politische Dimensionen hineinführen.

Ich hatte übrigens durchweg auch vereinzelt Schülerinnen im Unterricht, die neuapostolisch waren oder den Zeugen Jehovas angehörten. (Man kann dabei auf Wunsch der Kinder bzw. der Eltern auf die Note im Fach Religion verzichten.) In meinem Fall war das so durchweg in den Klassen der Kinderpflegerinnen-Ausbildung. Diese Schülerinnen haben jeweils die Möglichkeit bekommen, in einer Stunde ein Referat über ihre Religionsgemeinschaft zu halten und dazu Fragen der Mitschülerinnen zu beantworten. Daues durchweg Schülerinnen waren, die nicht selbst z. B. aus einer „Volkskirche“ zu ihrer Sondergemeinschaft übergetreten waren, sondern aus Familien kamen, die diesen Schritt längst vor ihrer Geburt getan hatten, waren das informative, auch engagierte Darstellungen, die keineswegs ohne Ansätze von Selbstkritik waren, aber Einblick vermittelten in das tatsächliche Leben einer Familie mit einer derartigen religiösen Bindung. Auch daß eine schulisch besser qualifizierte „Zeugin Jehovas“ nicht Erzieherin, also nicht Gruppenleiterin im Kindergarten werden wollte, damit sie keine entsprechende Verantwortung zu übernehmen hätte, sondern schlechter bezahlte Zweitkraft, nötigt ja trotz der Fremdheit der „Zeugen Jehovas“ einen gewissen Respekt ab – einen größeren als das stupide Feilbieten des „Wachturm“. Bei allzu forschen Sektenmitgliedern wie bei den (ganz wenigen) evangelikal beeinflussten Schülern waren für mich immer mehr als katholische und evangelische Schülerinnen die griechisch-orthodoxen das hilfreiche Gegengewicht, weil sie eine Religiosität von großer

Tiefe und Ernsthaftigkeit vertraten und sich nicht in bloßer Ablehnung oder dogmatischer Diskussion verließen.

Mit dem allen ist unterstrichen, daß hier nicht das abstrakte Exzerpt von Religion, ihre Lehrsätze (Dogmen) oder historisch-lexikalische Daten zum Gegenstand werden, sondern die jeweils vielfältig und zugleich typisch gelebte Religion der Leute selbst. Die Jugend muß mitempfinden, wie evangelische Christen/innen mit dem täglichen Wort der Bibel leben und sich daran orientieren bis hin zum politischen Protest, wie katholische Christen/innen die Heilige Messe erleben, wie Muslime in diesem für sie fremden Land und unter gänzlich und unerwartet neuen Bedingungen um die Identität ihres Glaubens kämpfen und wie sie die Beschneidung in der Familie feiern. Und dann wird sich, ohne daß die jeweilige konkrete Identität der Glaubensgemeinschaften auch im entferntesten gefährdet wäre, auch eine große Gemeinsamkeit aller derer herausstellen, in deren Herzen die Sehnsucht lebendig ist, die nur von der Religion beantwortet werden kann.

Wie kann man in einer Stadt wie Düsseldorf an Gott glauben und Religion ausüben, wo doch so vieles stumm und deutlich dagegensteht und andere Faktoren das öffentliche Leben bestimmen – das ist eine Frage, bei der zwischen Christinnen und Muslimen Solidarität entstehen kann. Das spricht auch die Konfessionslosen an, die (ich war an einer Schule mit 80-90% Frauen!) ganz selten auch „religionslos“ sind, und hilft ihnen weiter als die bloßen Ansprüche der etablierten Religionsgemeinschaften oder die Auskünfte des Lexikons. In eine Zeltevangelisation gehen diese (in Düsseldorf 25%) Jugendlichen ohnehin nicht.

Damit verbleibt noch die Frage nach den Konfessionslosen. Ich kenne die Situation in den neuen Bundesländern, der einstigen DDR, nicht genügend. Bei uns in der

westdeutschen Großstadt besteht zwischen den Konfessionslosen (fast immer nicht getauft; die Eltern oder Großeltern längst vor ihrer Geburt aus einer Kirche ausgetreten) und den kirchlich-distanzierten Mitgliedern der katholischen und evangelischen Volkskirche praktisch kein Unterschied. Von den Konfessionslosen hat die Mehrheit keinerlei Religionsunterricht besucht, ehe der Wechsel von der Haupt- oder Realschule an die Berufs- und Kollegschule geschah. Aber es gibt im Einzelfall auch Konfessionslose, die bisher immer im katholischen Unterricht waren, ebenso wie nominelle Christen/innen, die bis dahin kaum „Reli“ hatten, z.B. weil sie in der Grundschule nach kurzer Zeit von ihren Eltern abgemeldet wurden. Besonders aufmerksam und interessiert sind die Konfessionslosen, die die Mittlere Reife haben und zur Überbrückung bis zum Beginn einer Krankenpflege-Ausbildung, für deren Beginn man 18 Jahre alt sein muß, die erwünschte einjährige Berufsfachschule besuchen. Sie sind in der Regel davon angetan, sich jetzt einmal (in genügend reifem Alter) mit „Reli“ zu beschäftigen, was sie an den allgemeinbildenden Schulen nicht hatten, und wollen manchmal geradezu zuerst einmal alles darüber wissen. Sicher mag auch dazu kommen, daß kein Mensch, der beruflich in irgendeine Form von Krankenpflege oder Therapie gehen will, gut beraten wäre, sich vor jeder Beschäftigung mit Religion zu drücken. Und ebenso ungereimt wäre es, er/sie würde nur in einer einzigen, nämlich seiner angestammten Religion, getrennt von den anderen, unterrichtet.

Erwartet ein solches Fach „Religion für alle“ zu viel von dem einzelnen Lehrenden? Das mag manchem so erscheinen. Aber das darf kein Gegenargument sein. Auch der Geschichts- und Politik- Unterricht wird nach meiner Erfahrung gelegentlich von Lehrpersonen erteilt, die mir und

anderen als nicht genügend qualifiziert erscheinen oder denen die Einfühlsamkeit in den Gesamthorizont ihres Faches fehlt, von den „Reps“ unter den Kollegen ganz zu schweigen. Schule und Pädagogik ist kein leichtes Feld, und keines, das mit Sachwissen allein zu bewältigen wäre. Da beides, Sachkenntnis und pädagogischer Umgang, zusammengehören, sind Supervision und Fortbildung lebensnotwendig für Schule und Lehrer. Daß dies auch eine politische Frage ist, bei der die Prioritäten zu bestimmen sind, liegt auf der Hand. Aber für die Zukunft der heranwachsenden Generationen und für unser Zusammenleben ist nichts wichtiger und dringender als Mühe und Engagement an dieser Stelle.

Ich möchte für die in „Religion für alle“ unerfahrenen Kolleginnen und Kollegen noch eine motivierende Erfahrung erwähnen, die wahrscheinlich für Religion mehr als für die anderen Fächer gilt. Die Lehrperson in Religion kann ein wenig davon spüren, welche Hochachtung in der griechischen Welt und in den Ländern des Islam dem Lehrenden überhaupt und besonders dem Lehrer in Religion entgegengebracht wird. Das kann die gesamte Atmosphäre einer Klasse im Berufsgrundschuljahr ändern. Ich meine damit nicht die formale Autorität, die immer erst durchgesetzt werden müßte, sondern eine stille, selbstverständliche Freundlichkeit und Achtung, die charakteristisch ist für die Bedeutung des Lernens überhaupt, die wir der jüdischen Wurzel verdanken, und für die Ehrfurcht in Fragen der Religion, von der heute bei uns so vieles verloren gegangen ist.

Aber wo bleibt denn nun die Vermittlung der konfessionellen Identität und die Einübung in die konkrete religiöse Praxis einer Gemeinschaft? Da, wo sie hingehört und wo sie auch in allen anderen Gemeinschaften außer den etablierten Volkskirchen geübt wird: In der Gemeinde.

Es ist keineswegs ratsam, die „Christenlehre“ aus der alten DDR aufzugeben, im Gegenteil, eine entsprechende Praxis wäre in unseren Gemeinden in der alten BRD ein Segen. Wird sie nur darum nicht diskutiert, weil man Angst vor den zunächst kleinen Zahlen hat? Dabei wäre das doch die Herausforderung für eine lebendige Gemeinde, mit ihren heranwachsenden Generationen – auch den jungen Erwachsenen – die konkrete Praxis der Religion einzuüben und zu vertiefen. Einerseits „Religion für alle“ in der Schule und andererseits Christenlehre, Sonntagsschule, Ministrantenstunden, Tora- und Koranunterricht in der religiösen Gemeinde – das wäre die anzustrebende produktive Spannung. Damit wären auch alle Religionsgemeinschaften gleichgestellt. Das Privileg der beiden Großkirchen, so sehr es in seinem geschichtlich Gewachsensein plausibel gemacht werden könnte, nutzt heute gar nichts mehr. Im Gegenteil, es schadet der Glaubwürdigkeit, so wie alle institutionell aufgesetzte religiöse Erziehung. Als positives Gegenbeispiel sei die beeindruckende geistliche Erneuerung in der koptisch-orthodoxen Kirche Ägyptens genannt, die von der Sonntagsschulbewegung ausging.<sup>1</sup>

Es ist kurios, daß Jugendliche in der Schule „in Reli“ nach Konfessionen getrennt sind – und andererseits weithin kirchliche Jugendarbeit nicht zur Glaubenthematik findet und nicht missionarisch sein darf, weil dies den Erwartungen der Gemeinde dann nicht entsprechen würde und man sich in einer fragwürdigen „Offenheit“ wohlfühlt, die der Jugend der eigenen Gemeinde die Bedeutung einer eigenen Glaubensentscheidung verheimlicht und keine engagierte christliche Gemeinde wachsen läßt. Umgekehrt würde ein Schuh daraus: Die Schule muß ein offenes Feld der Kommunikation und Einübung in das Miteinander verschiedener religiöser Kulturen sein, und die Kirche – bzw. die Synago-

gengemeinde und die Moschee – ist der Ort des konkreten, verpflichtenden, auf dem eigenen Ja zum Bekenntnis aufbauenden Glaubenslebens.

1 (Vgl. Wolfram Reiss: „Die Erneuerung begann in der Sonntagsschule“. Geschichte und Entwicklung der Sonntagsschulen in der Koptischen Orthodoxen Kirche. In: Gerhards/Brakmann (Hg.): Die koptische Kirche. Urban- Tb. 451, 1994, S. 84-92)

Monatszeitung  
**graswurzel  
 revolution**  
 für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

Die 200. Ausgabe der Graswurzelrevolution ist im September erschienen. Zum Jubiläum gibt es acht zusätzliche Seiten mit Grundsatzartikeln zum gewaltfreien Anarchismus. Themen u.a.: Gewalt, Staat und

Die  
**200.**  
 Ausgabe

Herrschaft ★ Renaissance der Gewalt und Gegenstrategien ★ Graswurzelrevolution statt Institutionalisierung sozialer Bewegungen  
 Jahresabo: 35 DM. Schnupperabo: 10 DM Vorkasse (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo.)  
 GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Jetzt in  
**Berlin**  
 am Kiosk

Konrad Braun

## Religionsunterricht in der Berufsschule

... Ob die Berufsschulen, und ob die Kirchen sich da groß engagieren (sollen) oder damit was hermachen können ...? Besteht bei SchülerInnen wirklich Interesse am Fach? Im Gegensatz zu vielen Reden und gelegentlich eigener Unsicherheit: durchaus!

### Gesprächsbedürfnisse

Weitverzweigt sind die Diskussionen, Informations- und Gesprächsbedürfnisse: Sind Asylanten auch Menschen?! Wie ist dieser Jesus den Aidskranken in seiner Zeit begegnet? – Wo steh' eigentlich ich? Nehm' ich mir was vor? Was? Warum? – Und immer wieder neu: Geht's denn wirklich, daß ich beim Eintritt ins Technische Gymnasium, beim Betreten eines Tempels von Naturwissenschaft und Technik, als denkender Mensch auch noch ChristIn sein kann? Sollte ich mich damit nicht lieber verschämt verdrücken? Heißt es nicht Galilei, Darwin oder Bibel? (Wie) geht das zusammen? – 500 Jahre seit Kolumbus: Christianisierung? Eroberung? – Golfkrieg, Ozonloch, Regenwald, Rostock, Sarajewo, Straßenverkehr: Was wird da von (uns) Menschen sichtbar? Gibt's Hoffnung? Auf Zukunft? – Lesen in der Bibel? Meditation? – Wie richt' ich mir's ein? Mit welchen Gedanken, Zielen, Menschen? Liebe? Und dann noch die Kirche? – Helfen? Warum? – Endlich 18: Ein Stoßgebet zum Autogott? – Was glauben die Moslems eigentlich?

### ReligionslehrerInnen

Neun Kolleginnen – mit vollem Deputat oder wenigen Stunden, einige mit zweitem

Fach, drei evangelisch, sechs katholisch, seit letztem Schuljahr eine Kollegin – versuchen mitzukommen, dabeizusein, etwas anzubieten, vorzuschlagen, etwas rüberzubringen – zu unterrichten; dies in 97 Reli-Stunden wöchentlich, in der Regel einstündig in Berufsschul-, zweistündig in Vollzeitklassen, insgesamt in 79 Klassen; damit sind wir präsent in zwei Drittel der Klassen und treffen dort fast drei Viertel der SchülerInnen unserer Schule. Eingeplant zwischen Pythagoras, MS-DOS und Vierzylinder, unterwegs als Wanderprediger im Studentakt durch Räume, Klassen, Gebäude, Themen: Gentechnik, Mose, Hexenverbrennungen in der Ortenau, Alkohol, Buddhismus, Frage nach Gott. Die ReligionslehrerInnen, in der Schule an vielen Plätzen, lernen viele kennen – SchülerInnen und (fast alle) LehrerInnen; doch kaum da, sind sie (meist ungerne) schon wieder weg. Überall verteilt sehen wir uns gegenseitig am seltensten, wo einer ist, kann kein anderer sein. Dem haben wir gelernt, ein wenig gegenzusteuern, jedes Jahr am Religionspädagogischen Tag in Zell: zum Austausch von Erfahrungen, zur Verständigung über wichtige inhaltliche Fragen, zum Mitteilen des erlebten eigenen Unvermögens, ein bißchen Supervision, auch Seele baumeln lassen.

### Den Gesprächsfaden finden

In den Klassen: Manchmal Aneinander vorbeireden, Provokatives (mal für LehrerInnen, mal für SchülerInnen), oft ruhige Gespräche, inhaltlich anregende Fragen, erfreuliche Erlebnisse und Kontakte. Mit



Lehringen, SchülerInnen des Technischen Gymnasiums, mit dem früheren Lokomotivführer aus Osteuropa, mit älteren UmschülerInnen, die einen neuen Versuch machen (wollen oder müssen), mit jungen Kerlen, die mit den Händen denken, mit Lebenserfahrenen, mit Leuten anderer kultureller Erfahrung – vieles ist wörtlich durchzukauen oder auch mal durchzukneifen mit Ton in der Hand. Den Gesprächsfaden finden – oft schwer, aber oft auch unverhofft leicht. Da schneit überraschend der Brief vom dualen Partner, von einem betrieblichen Ausbilder, herein: Fachrechnen wär' so wichtig, mehr Stunden wären gut, und da gäb's doch neuerdings Religi-

on, könnte hier nicht ab nächster Woche... wir würden uns freuen auf einen positiven Bescheid ... Sehr verständlich. Doch, Adam Riese halt, verzeih!, es muß doch mehr als noch mehr Mathe geben! Der Direktor hat's dann ausgefochten. Die Betriebe: Sie bringen heftig Lebensrealität ins Lehrlingsleben – und ins Unterrichtsgespräch; so sind sie dann doch Partner, auch für die ReligionslehrerInnen, und eine Herausforderung. Am Dialog Arbeitswelt – Kirche zeigten im letzten Schuljahr zehn JugendpfarrerInnen großes Interesse und waren Gäste in verschiedenen Klassen der Gewerbeschule. Zur Fortsetzung des Dialogs ist weiter herzlich eingeladen.

#### Die Religionsstunde

Abmeldungen? Sicher! Aus Glaubens- und Gewissens- und auch aus gewissen Gründen, manche auch wegen der günstigen Fahrgemeinschaft, nachvollziehbare Gründe gibt's in großer Zahl; dafür bleibt bei schlechtem Wetter auch mal ein Freigänger und bringt mit dem Jünger Mohammeds die besten Beiträge. Und welches Fach an unserer Schule kann im letzten Schuljahr von sich sagen, daß, so die Schulstatistik, neun von zehn SchülerInnen, für die Unterricht angeboten war, von sich aus kamen, und das bei der starken Konkurrenz einer Freistunde?

Trotzdem: wir wollen nicht mit der Freistunde konkurrieren, sondern lieber mit den EthiklehrerInnen kooperieren, hoffentlich bald auch in der Berufsschule. Ein entspre-

chender Antrag ist auf dem Weg. Religionsstunde ...? Mal ist's eine fast persönliche Gesprächsrunde über Freud und Leid mit sich selbst, mit Meister und Kolleginnen, mit dem eigenen Erwachsenwerden; mal ist's Reflexion: Wofür taugt der Zollstock? Welche Maßstäbe gelten sonst noch? Wie werden sie begründet? Mal ist's Erarbeiten von Texten der Geistesgeschichte, von Dokumenten der christlichen Tradition; mal wird's zum Dialog zwischen Lebensgeschichten, Lebenswelten oder zwischen den Kulturen der Hiesigen und der neu Angekommenen, mit dem fundamentalistischen Christen aus Kasachstan oder mit dem neu anfangenden ehemaligen NVA-Offizier; manchmal ist's auch Verschnauaufpause in der Stundentafel, geistige Freihandelszone außerhalb der Zollschranken von Formelsammlung, Industrie- und Wirtschaftsnormen, auch mal Butterfahrt zwischen Technik und Wirtschaft – doch Hochprozentiges auf der Notenskala ist auch da nicht kostenlos. Dies alles bei möglichst wenig Theologenkauerwelsch, oft im Versuch, Bilder vom menschlichen Leben über Ängste und Gewisheiten zum Sprechen zu bringen. Das auch nach Drewermann, den wir – so unsere Fachgruppe in einer kleinen Petition – so nicht ziehen lassen wollten.

Dennoch, Religion in der Schule, warum denn das, um Gottes willen? Grundgesetzlich zwar geregelt, aber stets neu klärungsbedürftig – immer wieder eine offene Frage; der Religionsunterricht ist so selbst in einer Lage, die zugleich seine Aufgabe ist: neben dem dauernd notwendigen Standpunktbeziehen und Sich-Entscheiden einzutreten für das Offenhalten von Fragen, fürs Nachdenken und Neudenken von allzu festgezurrten persönlichen und politischen (Lebens-)Plänen und Entwürfen, und das auch in der Berufsschule, fürs Umdenken auf Zukunft hin, der Menschen wegen, uns zuliebe.

## NICARAGUA '96

¡Son ellos nuestra  
MAÑANA!

Sie sind unser  
MORGEN!

Zweisprachiger Postkartenkalender für 1996 mit 13 Motiven und 13 Texten der lateinamerikanischen Literatur zur Unterstützung der Ausbildung von GrundschullehrerInnen und der Volksbildung in Nicaragua



Herausgegeben vom Verein zur Erforschung und Förderung lateinamerikanischer Theologie u.a.

Preis:

1 Exemplar	DM	17,00
ab 5 Exempl.	DM/Stk.	16,00
ab 10 Exempl.	DM/Stk.	15,00

(zzgl. Versandkosten)

Jeweils abzgl. DM 1,00 in den neuen Bundesländern sowie für Studentinnen, RentnerInnen, Arbeitslose, Zivis, etc; bei größeren Mengen Rabatte auf Anfrage.

Zu beziehen bei:

**Helga Vandirk, Schaumburger Str. 1, D-65555 Limburg  
Tel. 06431/529157**

# „Ich kann es nicht mehr hören“

oder:

## Einige Gedanken zum Krieg in Ex-Jugoslawien<sup>1</sup>

### 1. Es wurde schon genug geschrieben, oder?

Bei den Nachrichten aus Ex-Jugoslawien sieht und hört man gar nicht mehr so richtig hin. Dabei ist das nicht Herzlosigkeit – jede/r ist schließlich entrüstet über das Morden und die Greuel „der Serben“ (und manchmal „der Kroaten“) – man würde ja gerne helfen, aber wie? Muß da nicht doch mal richtig aufgeräumt werden? Freilich: Noch mehr Krieg und noch mehr Tote möchte man ja auch nicht. Am besten, man denkt gar nicht mehr darüber nach. Sollen sich die Leute dort doch gegenseitig den Schädel einschlagen, irgendwann werden sie schon genug haben und aufhören. Oder? .....

### 2. Pazifismus

Es geht im Konflikt in Ex-Jugoslawien nicht um einen Streit zwischen Pazifisten und Nicht-Pazifisten, zwischen Pazifismus und Bellizismus. Es gibt mutmaßlich nur sehr wenige Pazifisten auf der Welt, wenn man unter Pazifismus versteht, daß jegliche Gewaltanwendung grundsätzlich und ein für allemal ausgeschlossen wird. Der Heilige Franziskus von Assisi gehörte gewiß dazu, auch Mahatma Gandhi und Daniel Berrigan (vielleicht erinnern Sie sich noch an den berühmten Briefwechsel zwischen ihm und Ernesto Cardenal über die Revolution in Nicaragua), Martin Luther King würde ich schon nicht mehr ganz so fraglos

dazu rechnen. Aber sicher ist, daß weder der Papst noch die Mehrheit der ChristInnen noch die Partei der Grünen zu den PazifistInnen in diesem Sinne zu zählen sind. Im Mainstream des Christentums, im Vatikan und bei den Grünen galt und gilt, daß unter ganz bestimmten Umständen Gewalt als ultima ratio – als letztes Mittel, wenn alle anderen versagt haben – gerechtfertigt ist. Im Christentum gilt durchweg noch die sogenannte „Lehre vom gerechten Krieg“, viele Grüne konnten sich durchaus so etwas wie eine „Gerechte Revolution“ (vgl. Nicaragua) vorstellen, und wenn es darum geht, ob der Krieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland gerechtfertigt war, so werden auch viele (die meisten?) der sogenannten Linken mit Ja antworten.

Wenn Pazifisten und Pazifistinnen im oben genannten Sinne gegen eine Intervention in Ex-Jugoslawien sind, so ist das selbstverständlich. Aber was ist mit der sehr, sehr großen Mehrheit der Nicht-Pazifisten?

Erhard Eppler, der auf der großen Demonstration der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung am 10.10.1981 im Bonner Hofgarten gesprochen hat, ist gleichfalls kein Pazifist in dem genannten Sinne. Die Mitglieder der Friedensbewegung der 80er Jahre waren und sind keine PazifistInnen, zumindest nicht durchweg: Selbst Soldaten waren damals Fürsprecher der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung, ich erin-

neren an die sog. „Generäle für den Frieden“ oder „Offiziere gegen die Nachrüstung“. Damals ging es um Atom-Pazifismus, um einen konkreten Pazifismus im Ost-West-Konflikt, im Konflikt der atomaren Supermächte, aber nicht um generelle Gewaltlosigkeit.

### 3. „Der Gerechtigkeit Frucht“

Es gibt noch eine andere Bedeutung von Pazifismus: Frieden machen, Frieden herstellen, Frieden stiften. Jesus hat ja in der Bergpredigt (Matthäus 5, 9) eben nicht gesagt „Selig sind die Friedfertigen“, wie man (z.B. Martin Luther) das früher gerne übersetzt hat, sondern: Selig sind, die Frieden stiften. Pazifismus in diesem Sinne heißt nun einmal nicht, daß man sich schön still und friedlich verhält und am besten gar nichts tut, sondern Pazifismus heißt dann: den Frieden fördern, schon im Vorfeld alles tun, daß es keinen Grund zum Krieg gibt, für Gerechtigkeit sorgen, Armut bekämpfen, einen Ausgleich zwischen Arm und Reich schaffen, unlautere Motive aufdecken, alle friedlichen Mittel der Konfliktlösung voll ausschöpfen usw. „Und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit wird ewige Stille und Sicherheit sein“ (JESAJA 32, 17).

Und all dies ist im Konflikt in Ex-Jugoslawien von Anfang an nicht geschehen und geschieht bis heute nicht. Es ist nicht fair (und reine Polemik), wenn den Menschen, die sich als PazifistInnen verstehen, vorgeworfen wird, sie hätten kein Konzept, den Konflikt in Jugoslawien mal eben schnell zu lösen und das Leid und das Elend dort zu stoppen. Denn erstens ist dieses Elend nicht durch ihre Konzepte entstanden. Zweitens haben sie Konzepte (vgl. z.B. die „8 Säulen“ von Andreas Buro, auf die in diesem Artikel an anderer Stelle kurz eingegangen wird), doch die Regierungen in Kroatien und Serbien, in Bonn und Frankreich, haben kein besonderes Interesse dar-

an, diese Konzepte anzuhören – ihr Interesse ist ein anderes (s.u.). Drittens können die Regierungen (und die deutsche war da schon unter Außenminister Genscher nicht unbeteiligt) nicht erst das Kind in den Brunnen fallen lassen, und dann von den PazifistInnen verlangen, es binnen kurzem wieder herauszuholen.

### 4. Appeasement?

Nebenbei: Der Vergleich mit der Appeasement-Politik zu Hitlers Zeiten ist – so wie er meistens gezogen wird – völlig fehl am Platze: Es wird immer gesagt, hätten die Alliierten nicht gegenüber Hitler eine Appeasement-Politik betrieben, also eine falsche Beschwichtigungspolitik, und hätten sie rechtzeitig gegen Nazideutschland militärisch interveniert, als es noch schwach war, also z.B. nach dem Überfall auf die Tschechei, dann wäre in Deutschland der Faschismus nicht erstarkt, dann hätte es keine Euthanasie, keine Massenvernichtung, keine Konzentrationslager und keinen Zweiten Weltkrieg gegeben. Mag sein. Was aber leider immer wieder verschwiegen oder vergessen wird, ist daß die Alliierten nicht deshalb nicht eingegriffen haben, weil sie klammheimlich Pazifisten waren oder dumm oder feige, sondern weil Hitler ein Stück weit durchaus ihre Interessen vertreten hat, z.B. den Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind Nummer Eins – und das waren eben nicht Hitler und der Faschismus, sondern der Kommunismus im eigenen Land und in der Sowjetunion. Wie sagte doch Churchill nach dem 2. Weltkrieg und nach der Niederlage Hitlerdeutschlands: „Wir haben die falsche Sau geschlachtet“.

Und so greift die „Internationale Staatengemeinschaft“ auch heute aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht richtig durch: Es ist – sagten viele Militärs – gar nicht so einfach, militärisch einzugreifen, weil es z.B. keine klaren Fronten gibt. Man-

che, wie die US-Regierung, möchten ihre „boys“ nicht weit von der Heimat verbluten sehen. Die Staatengemeinschaft ist sich nicht einig, die Interessen Rußlands in Ex-Jugoslawien sind nicht die Interessen des Westens, und die Interessen der EU sind nicht unbedingt die Interessen der USA. „Alle Europäer, aber auch Rußland und die USA, kochen auf dem Balkan wie vor hundert Jahren ihre eigene Suppe. Obwohl sie gemeinsam daran interessiert sind, daß der Krieg aufhört, verfolgen sie daneben klassische nationale Macht- und Interessenpolitik.“ (Prof. Ernst-Otto Czempel, Politikwissenschaftler, in einem Interview des Spiegel vom 28.8.95) Aber ganz wichtig ist: eine Teilung Jugoslawiens ist durchaus im Interesse der Weltmächte und der serbischen und kroatischen Regierung (keiner bekommt alles, jeder bekommt etwas ab).

### 5. Humanität, Demokratie und Menschenrechte

Es geht bei der Intervention in Ex-Jugoslawien nicht allen Beteiligten, die das sagen, auch wirklich um Humanität und Menschenrechte. Denn man fragt sich z.B., warum ruft niemand nach einer militärischen Intervention von UN-Friedenstruppen im Sudan, wo seit 40 Jahren ein Bürgerkrieg tobt, und nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker seitdem 2,5 Millionen Schwarzafrikaner ihr Leben ließen? – Warum ruft die deutsche Regierung nicht nach einer Interventionstruppe gegen Indonesiens Regierung, wo Präsident Suharto im Zuge des Militärputsches 1965 1 Mio Kommunisten und Oppositionelle umbringen ließ; 1975 wurde Osttimor besetzt und seitdem mußten dort 200.000 Menschen ihr Leben lassen; 150.000 Papuas sind seit den 70er Jahren im indonesisch besetzten West-Irian umgebracht worden. (FR 1995).

– Und was ist mit dem Krieg der Türkei gegen die Kurden, der sich mit dem Krieg

der serbischen Regierung durchaus vergleichen läßt...? Ich möchte natürlich nicht für eine militärische Intervention in diesen Gebieten sprechen, im Gegenteil. Aber diejenigen, die für eine Militärintervention in Ex-Jugoslawien sind, müssen sich fragen lassen: Warum gerade dort? Und die Antwort ist auch klar: manche Regierungen sind dann für eine Intervention, wenn es in den politischen Kram paßt; das gilt für diejenigen Politiker, für die der Krieg nach General Clausewitz „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ ist. Und für die Mehrheit der gutmeinenden Menschen in unserem Land gilt: Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden – Es ist schwer, sich in Deutschland angesichts der defacto-Gleichschaltung der Medienkanäle von Leo Kirch, Rupert Murdoch und Co eine andere Meinung zu bilden als die von Leo Kirch und Rupert Murdoch und Co; denn wie man in das Volk ruft, so schallt es meistens auch hinaus. Aber nicht immer und nicht zwangsläufig.

### 6. Offensivpotentiale

Am 10.9.95 fand im Hospitalhof, Sitz des Evangelischen Bildungswerks in Stuttgart, ein Gespräch zwischen Erhard Eppler und Andreas Buro über das Pro und Contra einer militärischen Intervention in Ex-Jugoslawien statt. Grob gesagt: Eppler war dafür, Buro war dagegen; die Meinung der ca. 125 Zuhörer/innen neigte sich mehr und mehr der von Andreas Buro zu – was mich im übrigen sehr erstaunt hat, denn eigentlich ist Erhard Eppler aufgrund seiner Biographie sicher eher der Mann der Kirche. Epplers zentraler Gedankengang, für den er Beifall bekam, war: Wenn 6 Banditen ein Hotel überfallen, dann ruft man zu Recht nach der Polizei. Und wenn 60 Banditen ein Dorf überfallen – muß man dann nicht auch nach der Polizei rufen? Es darf sich, so Erhard Eppler, nicht auf der Welt herumsprechen, daß Eroberung sich lohnt.

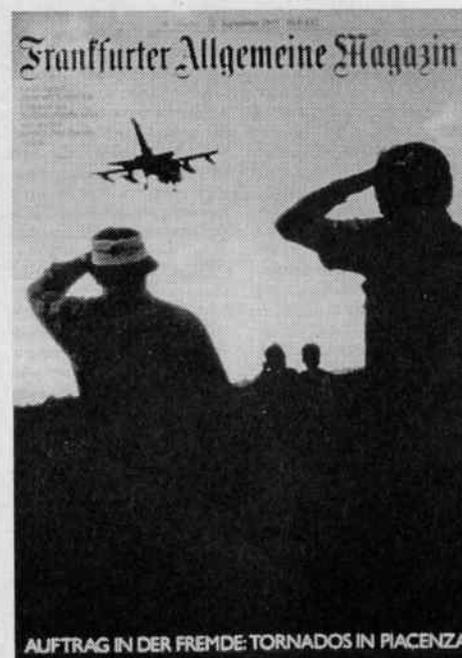
Die Internationale Gemeinschaft müsse deutlich machen, daß es noch Stärkere gibt, die Eroberungen nicht zulassen werden. Buro stimmte dem zu, setzte gegen die Militärintervention allerdings ein Konzept der nicht-militärischen Intervention, das mit seinen acht Säulen z.B. in der Frankfurter Rundschau vom 8.9.95 veröffentlicht wurde. Wichtig war es Buro aber auch aufzuzeigen, daß die Interessen der in Ex-Jugoslawien und anderswo wirtschaftlich und militärisch eingreifenden Regierungen eben nicht identisch sind mit Demokratie und Humanisierung. In Ruanda hätten die französischen Eingreiftruppen sogar eher die Mörder geschützt. Für Buro ist das zentrale Motiv der europäischen Regierungen der Ausbau ihrer Offensivpotentiale in Form von Schnellen Eingreiftruppen und Krisenreaktionskräften. Sie möchten, wie es die neuen Verteidigungsrichtlinien der Bundesrepublik ausdrücklich vorsehen, ihre wirtschaftlichen Interessen weltweit notfalls auch militärisch verteidigen können. Die Atompotentiale Englands und Frankreichs sind Kern einer auch militärisch starken EU, und insofern betreibt Chirac mit seinen Atomtests in der Südsee das Geschäft für die EU und auch für die deutsche Regierung. Minister Schäuble betont es immer wieder: Eine EU ohne Atomwaffen geht nicht. Damit, sagt Andreas Buro, haben die Tornados in Bosnien zu tun, und nicht mit Demokratie und

Menschenrechten, wie das der Öffentlichkeit weisgemacht werden soll.<sup>2</sup>

### 7. Deutschland

Deutschland stand und steht in diesem Konflikt in Ex-Jugoslawien noch nie außen vor. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß die deutsche Lebensversicherungsbranche die Tornadoaufklärungsflüge der Bundeswehr über Bosnien schon jetzt als aktive Beteiligung an militärischen Aktionen sieht. Unter Hinweis auf die „Kriegsausschlußklausel“ in ihren Verträgen wäre z.B. die Allianz-Versicherung nicht bereit, den Hinterbliebenen eines abgeschossenen deutschen Tornado-Piloten dessen Lebensversicherung auszuzahlen. (FR 29.9.95) – Abgesehen von der schon jetzt vorhandenen indirekten(?) militärischen Beteiligung, hat Ex-Außenminister Genscher mit seiner schnellen Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien bekanntlich die Aufteilung Ex-Jugoslawiens gefördert und sich

bzw. der Bundesrepublik Deutschland, gleichzeitig das „Filetstück“ gesichert. Andreas Zumach berichtet, daß der Bundesnachrichtendienst BND schon seit den 80er Jahren systematisch auf eine Verschärfung der Konflikte zwischen Serbien und Kroatien hingearbeitet hat (vgl. Junge Kirche 10/95, S. 575). Auch sonst scheint die Bundesrepublik den Krieg aktiv zu fördern: Ein junger kroatischer Staats-



bürger, dessen Eltern aus Herzegowina stammen, der aber selber in Deutschland geboren wurde und zur Schule ging, berichtet: „Da ich hier geboren bin, wollte ich die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen. Mir wurde hier erklärt, daß ich die nur bekomme, wenn die kroatische Regierung zustimmt. Deren Zustimmung bekomme ich aber nur, wenn ich erst in Kroatien Wehrdienst leiste. ... Die deutsche Regierung macht also praktisch meinen Kriegseinsatz für Kroatien zur Voraussetzung für die deutsche Staatsbürgerschaft.“ – Zum Dank, meint der Jugendliche, gebe es jetzt eine Genscherstraße in Split.....

## 8. Die Vermittler

Die „Vermittler“ im Jugoslawienkonflikt sind nicht neutral, sondern Partei: Ludger Vollmer von Bündnis 90/Die Grünen sagt ganz richtig: „Die Nato schafft erst die Sicherheitsprobleme, die sie zu lösen vorgibt.“ Die NATO-Ostausdehnung, die WEU und auch die Einmischung der USA in Ex-Jugoslawien provozieren geradezu einen neuen russischen Militärblock, wie der Streit in Rußland um den Außenminister Kosyrew im Oktober 1995 noch einmal ganz deutlich gemacht hat; Kosyrew hat den Anspruch Rußlands als eigenständige Großmacht in Ex-Jugoslawien nicht energisch genug vertreten. Die USA und Deutschland stehen in Ex-Jugoslawien auf der Seite Kroatiens, Rußland auf Seiten der Serben und England und Frankreich einerseits natürlich im westlichen Lager von EU und NATO, andererseits aber auch – in Konkurrenz zu Deutschland – im serbischen Lager.

„Die internationale Staatengemeinschaft“, von der man oft entschlossenes Eingreifen verlangt, gibt es in der Form nicht, die einzelnen Staaten der sog. Staatengemeinschaft verfolgen durchaus eigene Interessen. So schickte die amerikanische Firma MPRI -natürlich ganz privat –

15 US-Offiziere nach Kroatien, die dort unter dem Stichwort „Demokratieschulung“ die kroatische Armee trainierte und in Strategie und Taktik unterrichtete. So konnte die kroatische Armee dann – berichtete der amerikanische Regierungsberater William J. Taylor in der Sendung Monitor vom 11.9.95 – bei der Eroberung und der Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus der Krajina (200.000 Menschen wurden vertrieben), die „Air-Land-Battle-Taktik“ einsetzen, z.B. die Ausschaltung jeglicher Berichterstattung über die Eroberung der Krajina....<sup>3</sup>

## 9. Vom Schlüssel ohne Schloß und glänzenden Augen

„Die glänzenden Augen sind es, die stutzig machen, wenn manch grüner Kämpfer für die Menschenrechte nun den Griff zur Waffe fordert“, schreibt Ludger Vollmer am 29.9.95 in der FR, und auch von meinem eigenen Militärdienst kenne ich diese glänzenden Augen: Als ich Soldat in einer Panzerartillerie-Kompanie war, sagte der Kommandeur unseres Bataillons eines Morgens bei einem Probe-NATO-Alarm während des Appells im Morgenrauen zu uns Wehrpflichtigen: „Ein Soldat ohne Krieg ist wie ein Schlüssel ohne Schloß“. Es gibt offenkundig Soldaten, die darauf warten, endlich ihren gelernten Beruf auch im Ernstfall anwenden zu dürfen. An diesen Satz fühlte ich mich erinnert, als am 8.9.1995 im ZDF ein deutscher Oberst in der Sendung „Tornados für den Frieden“ [deutsche Tornados waren gemeint] von „Erleichterung und Freude und daß wir auch da sind“ sprach, „Ich sitze nicht mehr am Katzentisch“. Deutschland ist wieder wer, und nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern so nach und nach darf es auch militärisch wieder mitmischen, wie es sich für eine richtige Großmacht gehört. So ganz richtig mitschießen darf man ja noch nicht; vorläufig werden nur die NATO-Computer mit den Daten aus den deut-

lichen Aufklärungstornados gefüttert, und diese Daten ergeben dann die Zielkoordinaten für die Kampfflugzeuge der Alliierten Truppen. Aber vorzeigen darf man den anderen seine Waffen schon mal, und das sind, wie der deutsche Oberst mit sichtlichem Stolz sagte, „Gerätschaften vom feinsten, erstklassiges Material“.

Ein Wehrpflichtiger aus einer schweren Jägerkompanie sagte unlängst: „Die ganze Ausbildung macht dich richtig heiß, in Einsatz zu kommen: Du bist in einer der besten Kompanien des ganzen Bataillons, du bist einer von den ganz Harten, du hast die besten Waffen und gute Freunde – und das schaukelt sich gegenseitig hoch“.

## 10. Die Erotik des Kriegsgottes und „die Linke“ als Kriegstreiber

Eigentlich halte ich nicht sehr viel davon, die Psychologie heranzuziehen, um Kriege zu erklären. Doch ein Artikel zur Stimmungslage der Nation von Sibylle Tönnies in der „Jungen Kirche“ 9/95 hat mich doch regelrecht erschrocken. Vielleicht darf man den sozialpsychologischen Aspekt doch nicht ganz vernachlässigen – zumindest könnte man so die oben zitierten glänzenden Augen erklären. Ich zitiere eine längere Passage:

„Der große Stumpfsinn« heißt das Kapitel im »Zauberberg«, in dem die Tage unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkrieges geschildert werden. [...] Man ahnt dumpf, daß das Leben wieder schwer werden muß, damit es gut sein kann. Der Kulturbetrieb ist erlahmt, alle Reize sind stumpf geworden, die intelligenten Zeitschriften können keine Kontroverse mehr hochreißen, es gibt kein Spannungsfeld mehr für Diskussionen – alles wartet dumpf auf ein rettendes Ereignis.

Hegel sagte, daß eine Gesellschaft, die nicht in regelmäßigen Abständen vom Krieg geschüttelt wird, anfängt zu faulen wie ein tiefliegender See, über den nie der

Wind geht. Das wird empfunden. Die mentalen Voraussetzungen für Krieg sind vorhanden. Der Pazifismus ist dahingeschmolzen wie der Schnee von gestern. „Schwerter zu Pflugscharen“ gilt nicht mehr. Es besteht ja auch kein Mangel an Pflugscharen. Auch die Grünen haben mittlerweile umgedacht, und es gibt wahrscheinlich nur noch ein paar Zeugen Jehovas, die der Idee der Gewaltlosigkeit die Stange halten werden. Der Pazifismus ist so altmodisch geworden wie Birkenstocksandalen und Wollsocken.

Tatsächlich stellen die ehemaligen Linken, die (jedenfalls außenpolitisch) früher streng pazifistisch dachten, das gefährlichste kriegstreibende Potential dar. Wer sich mit fünfzig erstmalig unter den Einfluß des Gottes Mars begibt, wird von der Erotik dieser speziellen Aura ganz unvorbereitet erfaßt. Die Männlichkeit bekommt noch einmal ihre Chance und ergreift sie: Nirgendwo anders wird so eilig beteuert, man sei kein Pazifist, man sehe sehr wohl ein, daß der Krieg ein notwendiger Bestandteil des menschlichen Zusammenlebens sei.“ Soweit das Zitat.

## 11. Militärseelsorge

Übel – wie leider so oft in der Geschichte – ist die Rolle der Militärseelsorge, die natürlich bei den deutschen Truppen im italienischen Piacenza von Anfang an mit dabei war. Nun ist gegen Seelsorge an Soldaten nichts einzuwenden, aber die Militärseelsorge scheint wieder einmal die Funktion zu haben, die Waffen zu segnen, zumindest den kirchlichen Segen für die Interventionen anschaulich zu machen. So begann und endet die ZDF-Sendung [deutsche] „Tornados für den Frieden“ mit einem (offensichtlich schlecht besuchten) Feldgottesdienst mit deutschen Soldaten in Italien, die „Kommt, sagt es allen weiter“ zur Trompete sangen. Und immer noch tragen Pfarrer ohne Hemmungen Uniform und ein Kreuz auf den Schulterabzeichen,

wenn auch auf den Koppelschlössern nicht mehr „Gott mit uns“ steht. Aber das Fernsehen bringt die Botschaft, daß Gott mit im Tornado sitzt, auch ganz gut unters Fernsevolk.

Wenn ich die Berichterstattung in der kirchennahen Presse lese, z.B. in „Das Sonntagsblatt“ vom 1. September (! Antikriegstag) 1995, dann weiß ich nicht mehr, ob ich lachen oder weinen soll: „Die Pfarrer sind von früh bis abends auf dem Flugplatz unterwegs, zu Fuß und mit einem Handy ausgerüstet. Am Abend trifft man sie auf den Straßen von Piacenza, in den Pizzerias [...]. Die Pfarrer im Tarnfleckenanzug, Kreuz auf den Schultern, gehen ihrer Gemeinde nach, [...] nehmen an den offiziellen Briefings täglich um elf teil.“ – Ja, so ist die Kirche, modern und immer dabei und mittendrin; und zum Bundeswehreinsetz fällt dem Bundeswehrrpfarrer das Gleichnis vom barmherzigen Samariter ein, der doch auch notleidenden Menschen geholfen

hat, wo andere, die zur Hilfe fähig waren, sich abgewendet haben.....

Ganz in der Nähe von Piacenza befindet sich der kleine Wallfahrtsort San Damiano. In der kleinen Kirche von San Damiano betete vor 790 Jahren der reiche Kaufmannssohn Francesco Bernardone inbrünstig vor einem Kruzifix „Herr, ich bitte Dich, erleuchte mich und verscheuche die Finsternis meiner Seele“. Vom Kruzifix kam die Antwort: „Geh hin, Francesco, baue mein Haus auf, das am Einstürzen ist!“ Sie wissen es: Dieser Francesco Bernardone ist uns heute besser bekannt als Franziskus von Assisi.

1 Auf die Geschichte Jugoslawiens möchte ich nicht eingehen; dazu empfehle ich z.B. den Artikel in CuS 3-4/1992.

2 Vgl. dazu auch: „Bausteine zum Thema Bundeswehr weltweit“ in CuS 1/1993.

3 Zu dieser Taktik vgl. CuS Heft 1/1985; der Artikel gegen 5 DM in Briefmarken erhältlich bei BRSD e.V., Postf. 2521, 72015 Tübingen

Als eine Hilfe zur gedanklichen Entwirrung dieser Situation habe ich die folgenden 10 Thesen verfaßt. Sie umreißen keine abschließende Position, sondern versuchen Fakten zu beleuchten und zu bewerten, die mir für eine eigene Positionssuche bedeutsam erscheinen.

1. In Jugoslawien kämpften sich ethnisch definierende Gruppen um eine für sie möglichst günstige Ziehung politischer Grenzen mit Waffengewalt, nachdem der Tito-Staat Jugoslawien zerfallen ist. Auslöser der Kriege war das Bestreben, Kroatien aus dem jugoslawischen Staatenbund herauszulösen und als eigenständigen Nationalstaat zu konstituieren. An diesem Zerfall und der Eskalation des Krieges hat auch die BRD mit ihrer unglaublichen Anerkennungspolitik eine erhebliche Mitschuld, was auch von Befürworterinnen und Befürwortern militärischer Einsätze nicht bestritten wird.

2. Die beiden Hauptkontrahenten in diesem Krieg, Serbien und Kroatien, zeichnen sich nicht durch besondere Demokratie-, Friedens- und Freiheitsliebe aus. Vielmehr sind sie Parteien eines Bürgerkrieges, in dem es um Macht und Ressourcen für einen zukünftigen Nationalstaat geht. Der im Westen immer sehr geachtete Dissident Titos, Djilas, hatte schon 1991 im Spiegel gesagt: „Serbien und Kroatien können sich nicht ohne Bürgerkrieg trennen – aber das Schlachtfeld wäre Bosnien.... Weder Serbien noch Kroatien wollen auf Bosnien verzichten. Beide spekulieren auf territoriale Gewinne...“. Beide, Serben und Kroaten, führen einen Krieg, der sich perversester Mittel bedient, um den Gegner zu schwächen. So waren Territoriegewinne beider Seiten bisher gleichermaßen mit abscheulichen Kriegsverbrechen verbunden.

3. Es ist nicht haltbar, die Vorgänge in Ex-Jugoslawien mit den faschistischen Greueln Deutschlands zu vergleichen und damit in der Historikerdebatte über die Vergleichbarkeit des deutschen Faschismus rechte Argumentationslinien fortzuführen. Ohne die Verbrechen der serbischen und kroatischen Seite in ihrem letztendlichen – und auch unterschiedlichen – Ausmaß bestimmen zu können muß doch festgestellt werden: Weder sind Serben und Kroaten bestrebt, die ganze Welt unter ihre Herrschaft zu bringen, noch mißliebige Bevölkerungsteile systematisch auszulöschen, wie das im faschistischen Deutschland geschah. Vielmehr zeigt ein konventionell geführter Krieg seine häßliche, grausame Fratze durch Greueln auf beiden Seiten. Dementsprechend entbehrt es jeglicher Grundlage, die moralische Notwendigkeit eines militärischen Einsatzes in diesen Krieg mit dem legitimen, antifaschistischen Einsatz der Alliierten im zweiten Weltkrieg zu begründen, wie es verschiedentlich getan wird.

4. Ein Hauptargument der Kriegsbefürworter jenseits dieses Bezugs auf den Antifaschismus ist die Behauptung, alle nicht-militärischen Mittel zur Beendigung des Krieges hätten versagt. Dies ist aber nicht haltbar, denn ein solches Handeln erfolgte nie in nennenswert strategischer Weise. Die westlichen Staaten waren zu gemeinsamen nicht-militärischen Handeln nie bereit und fähig. Dies insbesondere deshalb nicht, weil sie unterschiedlichste Interessen verfolgten. Der Friedensforscher Egon Bahr sagte beispielsweise, wenn man gewollt hätte, wäre der Krieg mit nicht-militärischen Mitteln längst beendet und sei auch heute noch zu beenden. Ein wirklich gewolltes Wirtschaftsembargo hätte ihn erstickt. Aber es habe am gemeinsamen Willen gefehlt, da die Interessen der europäischen Staaten und der USA zu sehr diver-

Matthias Nauerth

## Die Linke und der Krieg

### Reflexionen zur neulinken Kriegsbereitschaft in 10 Thesen

#### Vorwort:

Immer mehr Linke und ehemalige Linke befürworten inzwischen den Einsatz militärischer Mittel durch die G7 Staaten, sogar mit deutscher Beteiligung. Der Grund sind die Kriegsgreuel in Ex-Jugoslawien, deren Beendigung durch westliche Waffenarsenale zwar nicht möglich ist, aber ihnen als humanitäre Intervention geboten scheint. Dies ist verwirrend, da viele dieser BefürworterInnen militärischer Optionen noch vor 12 Jahren zur Kerngruppe der Friedensbewegung gehörten oder aber Parteien und Fraktionen vertreten, die sich dieser zugehörig fühlten. Die Zurückweisung von Militäroperationen der Industriestaaten als einer Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gehörte in diesen Kreisen einst zum Konsens und damit verbundener Antijmperialismus zum Selbstverständnis aller, die sich links nannten. Heute ist ein deutliches Nein zum Kriegseinsatz alles andere als selbstverständlich im weiten Spektrum links der CDU, ja, zunehmend in der Defensive.

gierten. Davon ausgehend erscheint es schlicht unseriös, wenn Linke nun fordern, daß diese unterschiedlichen Interessen mit Waffengewalt durchgesetzt werden sollten, wobei dabei stillschweigend die Umfunktionierung der Verteidigungsgemeinschaft NATO zu einer vielseitig verwendbaren Eingreiftruppe vonstatten geht, ohne daß dieser Wandel so deutlich benannt und begründet wird.

5. Zudem: In Jugoslawien tobt ein Krieg, der sich von Kriegen in anderen Teilen der Welt nur darin unterscheidet, daß er häufiger in europäischen Medien erscheint. Denn vergleichbare Grausamkeiten wie Massenvertreibungen, Vergewaltigungen, Folter und Mord unter der Zivilbevölkerung gibt es zur selben Zeit in mehreren Teilen der Welt. Medienpräsenz ist jedoch kein hinreichender Grund für Militäreinsätze, wenn sie auch die besondere Betroffenheit der Bevölkerung in bezug auf einen bestimmten Weltkonflikt erklärt. Wenn die Zustände im ehemaligen Jugoslawien den Militäreinsatz der westlichen Staatenwelt rechtfertigen, dann sind auch Militäreinsätze in anderen Teilen der Welt nicht mehr logisch abzulehnen, sofern sie sich auf dort stattfindende Kriege beziehen.

6. Ebenso ist dann die Zustimmung zur Herstellung, Bereithaltung und Erneuerung der dafür notwendigen Waffen zwingend. Wer eine militärische Außenpolitik fordert, kann schwerlich Rüstungsindustrie und Militär infragestellen. Die beträchtlichen Differenzen in Bezug auf Militäreinsätze innerhalb der Linken werden somit notwendigerweise zur Differenz über das politische Verhältnis der Linken zum militärisch-industriellen Komplex.

7. Außerdem: Da es kein Argument für eine militärische Intervention in Ex-Jugoslawien gibt, das nicht schon längst z.B. auf

Ruanda oder Tschetschenien gepaßt hätte, deutet einiges darauf hin, daß dieser Jugoslawienkrieg nur zu einem Vehikel wird, um neue militärische Strukturen zu verankern, in die auch die Deutschen (endlich wieder) eingebunden sein würden. Jugoslawien wird zum Hilfsinstrument innenpolitischer Manöver. Der Krieg hilft, eine sogenannte deutsche Normalität herzustellen, die seit 1989 systematisch angestrebt wird und auch in der Remilitarisierung und Hegemonieorientierung deutscher Außenpolitik ihren Ausdruck findet. Und die moralisch argumentierenden Linken sind vor den Karren der Rechten gespannt, deren Politik sich natürlich nicht an Menschenrechten orientiert, sondern an dem, was der Bundespräsident unverkrampft als „deutsche Interessen“ bezeichnet. Sie läuft im Ergebnis nicht auf ein System kollektiver Sicherheit in Europa hinaus, sondern auf eine neue, multipolare Blockbildung der Reichen und Starken gegen die Schwachen.“ (Trittin, FR, 16.9.)

8. Das Problem antimilitaristischer und antiimperialistischer Linker besteht darin, daß für nicht-militärische Einflußnahmen auf das Kriegsgeschehen im Interesse seiner Opfer viel schwerer eine Übereinkunft der potenten Staaten herzustellen ist, als für militärische Optionen. Ihre Vorschläge wurden nie gehört.

Die Durchsetzung von Wirtschafts- und Waffenembargos, der Stopp von Waffenexporten generell, der Einsatz positiver Sanktionen, wie des Angebots einer Integration in die EG und weitreichende Aufbauhilfen für den Fall der Kriegsbeendigung etc. scheiterten an den unterschiedlichsten Profit- und Hegemonieinteressen der einflußreichen Staaten.

9. Angelika Beer, Mitglied der Bündnisgrünen Bundestagsfraktion präzisiert den Vorgang: „Jetzt die Pazifisten als Schuldige



darzustellen, nur weil sie vier Jahre nicht gehört worden sind, und sie jetzt fragen, was wollt ihr denn noch machen – das ist Kriegspropaganda.“

Die Situation der Linken ist von der Ignoranz der herrschenden Eliten gegenüber ihren Vorschlägen und Zielen geprägt. Stimmen sie den aus dieser Ignoranz sich ergebenden, militärischen Optionen nicht zu, müssen sie sich des Vorwurfs erwehren, einen Krieg anteilnahmslos zu akzeptieren. Nachdem Fakten geschaffen wurden, gegen die sie gekämpft haben und für die sie nichts können, wird ihnen der sich daraus entwickelnde Zustand aufgebürdet als einer, den sie zu verantworten haben, wenn sie sich nicht an seiner militärischen Veränderung beteiligen.

10. Die entscheidende Neuerung in der Debatte der Linken um Militäreinsätze ist aber nicht der Konflikt zwischen Pazifismus

und Bellizismus, also denjenigen, die jegliche Gewalt ablehnen und denen, die sich ihrer zu bedienen bereit sind, und dem damit verbundenen Verhältnis zum Militär überhaupt. Die SPD steht seit langem zu Bundeswehr und NATO und weiter links wurden schon früh Waffen für Vietnam, El Salvador und Nicaragua gesammelt. Die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der dritten Welt beinhaltete schon immer die Akzeptanz von „befreiender, revolutionärer Gewalt“ in weiten Teilen ansonsten strikt antimilitaristisch agierender Kreise der Linken, wenn es auch immer radikalpazifistische Positionen unter ihnen gab. Das Neue am linken Diskurs und die eigentliche Wende der vergangenen Monate liegt daher nicht in einer etwaigen Abkehr vom Pazifismus, sondern in der Abkehr vom antiimperialistischen Selbstverständnis und dem Übertritt auf die Seite des Imperiums, wie Astrid Hölscher in der „Frankfurter Rundschau“ richtig schrieb. Das prinzipielle Einverständnis mit der Rolle von Nato und G7 als Weltordnungshütern und die Zustimmung zu ihren militärischen Instrumenten, während diesem „kapitalistischen Imperium“ gleichzeitig „Neutralität“ attestiert wird, das markiert den Wandel der linken KriegsbefürworterInnen mehr als alle anderen Positionsrevisionen. Hier zeigt sich der vollzogene „Seitenwechsel“ am prägnantesten.

## Nachwort

Im Gegensatz zu den Grünen, die ihr noch sehr stark von der friedenspolitischen Diskussion Anfang der achtziger Jahre geprägtes Programm nun revidieren werden, um unter bestimmten Bedingungen militärischen Operationen zustimmen zu können, beharrt das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ auf der schon damals vertretenen Einsicht. Es hat sich in einem vielseitigen Papier mit der Remilitarisie-

rungsdiskussion auseinandergesetzt. Darin fragen sie, ob- so der Titel- „militärischer Lebens- und Zivilisationsschutz statt Gewaltfreiheit“ nun die Antwort auf die politische Realität der letzten Jahre zu sein habe und beharren in ihrer Antwort auf letzterem. In vier Punkten legen sie sodann abschließend dar, worum es stattdessen im Angesicht kriegerischer Auseinandersetzungen außenpolitisch gehen müsse. Ich will diese Punkte abschließend in Auszügen dokumentieren (auch wenn ich ihnen nicht uneingeschränkt zustimme). Sie schreiben:

„Darum gelten, so man in Deutschland lebt, folgende aktuelle Minima:

Zum ersten: Alle Aktivitäten zu unterstützen, die von diversen menschenrechtlichen Organisationen ausgehen und verlässlich humanitär und pazifistisch-politisch den vertriebenen, den leidenden, den täglich gefährdeten Menschen in Ex-Jugoslawien helfen.

Zum zweiten: Für eine bundesdeutsche Politik in all ihren institutionellen Spielarten einzutreten, die exzessiv humanitäre Hilfe leistet und die Flüchtlinge, solange Krieg und Ausrottung drohen, unbegrenzt und ohne dauernde Abschiebedrohung so aufnimmt, daß sie in der Bundesrepublik gemäß Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz leben können. Nämlich in Würde...

Zum dritten: Die etablierten Parteien und nicht zuletzt die Bundesregierung dahin zu beeinflussen, das Geschehen in Jugoslawien zur Priorität der Politik zu erheben, einer Politik, die zugleich ihren internationalen Aufgaben nachkommt. Priorität der deutschen Politik heißt u.a. dafür einzutreten und darauf zu achten, daß systematische negative Sanktionen im Sinne des Rüstungsembargos durchgesetzt und eingehalten werden; darauf hinzuwirken, daß vor allem mit dem Angebot positiver Sanktionen gegenüber den ex-jugoslawischen Wirtschaftskonkurrenten Einfluß ausgeübt werde..., auch indem die BRD und

andere westliche Mächte so etwas betreiben wie eine permanente, intensive positiv und negativ sanktionsreiche „fürsorgliche Belagerung“...

Zum vierten: Mit allen am Frieden orientierten Kräften dahingehend zunsamenzuarbeiten, daß auch und gerade in den Gebieten, die von Krieg, Elend, Hunger, Flucht, Angst und Tod überzogen werden, eine öffentliche Diskussion über Sinn und Unsinn der wechselseitigen Vernichtung und der dahinterstehenden Interessen stattfinden können...

(Das vollständige Papier ist zu beziehen über: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., Bismarckstraße 40, 50672 Köln)



## Wahl in Berlin:

SPD liegt deutlich über 5 Prozent<sup>1</sup>

Das Ergebnis der Berliner Landtags- und Kommunalwahlen katapultierte die SPD in ihrer jahrzehntelangen Hochburg Berlin in den Keller. 1963 hatte die Berliner SPD mit 61,9% ihren Höhepunkt, um dann 1975 42,6% zu erzielen. 1981 erreichte sie nur noch 38,3% und verlor erstmals seit 1946 die Regierungsmacht. 1990, bei der ersten Wahl im wiedervereinigten Berlin, erzielte die SPD 30,4%, wobei sie im Ostteil mit 32,1% besser abschnitt als in den Westbezirken, wo sie 29,5 % erhielt. Und jetzt der Absturz mit 23,4%. Selbst die bayrische SPD hat bei der Landtagswahl besser abgeschnitten.

### Der Wahlausgang brachte folgende Ergebnisse:

Die bisherige große Koalition aus SPD und CDU war auf einmal nur noch eine kleine, die mit zusammen 41,9% nicht einmal die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, wie es unser Mitglied Oliver Vogelsmeier, SPD-Kandidat in Berlin-Mitte, zutreffend im „Berliner Platz“ des Lokalfernsehens beschrieb.

Berlinweit hat die PDS 224.294 Stimmen erzielt, was 14,6% und die drittstärkste Position bedeutet. In Ostberlin aber ist sie mit 36% die stärkste Kraft. Sie schnitt besonders bei den unter 25-jährigen gut ab. Von den 36 Direktwahlkreisen Ostberlins gewann die PDS 34. 1990 waren es noch 12 gewesen.

Die SPD verlor im Vergleich zur Wahl 1990 269.563 Stimmen. Im Ostteil erlebte

sie mit minus 11,9% geradezu ein Fiasko. Von 90 Direktmandaten erhielt sie gerade noch drei, 1990 waren es noch 37 gewesen. In Berlin-Mitte, dem Hauptstadtdistrikt, erhielt sie gerade noch 17,4% gegenüber 40,3% für die PDS, die in allen Ost-Bezirken deutlich vorn lag. Auch bei den Bezirkswahlen war der freie Fall nach unten vorherrschend. In den Westbezirken wurde die SPD zwischen CDU und Grünen regelrecht zerrieben.

Zwei Beispiele hierfür: In Schöneberg, wo die SPD 1990 stärkste Partei war, erzielte die CDU 35,5%, die Grünen 25,4% und die SPD nur 25,2%. Im Industriebezirk Spandau erhielt die CDU 46,9%, die Grünen 9,1% und die SPD 29%.

Am Wahlabend herrschte bei der SPD lähmendes Entsetzen. Es war ja im Vorfeld viel über ein schlechtes Abschneiden der SPD geredet worden. Aber jetzt dieser Absturz! Woran hatte es gelegen?

Es kamen „von oben“ die üblichen Sprüche. Die Politik war richtig, nur der Wähler hatte es nicht verstanden. Oder: Scharping und Bonn waren schuld. Nur selten brachte es jemand auf den Begriff wie der Kreuzberger SPD-Bürgermeister Peter Strieder in einem Interview mit der TAZ.<sup>2</sup>

„TAZ: Was hat die SPD falsch gemacht?

Peter Strieder: Es gab Wahlkampffehler und es gab in den vergangenen Jahren Fehler in der Darstellung sozialdemokratischer Regierungspolitik. Aber das führt nicht zu 23,4 Prozent. Zu einem solchen

Wahldesaster kommt es, wenn insgesamt die Menschen nicht mehr wissen, was die SPD eigentlich will, wofür man sie braucht und was ihre gesellschaftliche Vision ist. Der Partei fehlt offensichtlich das Profil.“

Dies wurde im Wahlkampf überdeutlich. Während die CDU die harmlose Berliner SPD in einen Topf mit den Kommunisten warf und zum wiederholten Male vor Volksfrontbündnissen warnte, ja sogar

*Evangelische Kirchengemeinde St. Thomas, Berlin-Kreuzberg*

*An den Vorsitzenden der CDU  
Herrn Reg. Bürgermeister  
Eberhard Diepgen*

**Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,**

*im Auftrag unseres Gottesdienst-Nachgesprächskreises wende ich mich an Sie als Vorsitzender der CDU. Mit großem Erschrecken haben wir ein Wahlkampfplakat der CDU wahrgenommen, auf dem ihre politischen Gegner, die doch selbst für die CDU zu den demokratischen Parteien gehören, als „rot-grüne Laus“ bezeichnet werden („Bloß keine rot-grüne Laus im Pelz“).*

*Dies ist keine Entgleisung mehr, dies ist Vorbereitung zur Volksverhetzung. Mit welchen Begriffen mag die CDU wohl die Gruppen belegen, die ihr noch weiter entfernt stehen als SPD und Grüne/AL? Auf was müssen sich wohl Obdachlose, Flüchtlinge u.a. gefaßt machen, wenn schon der Koalitionspartner so belegt wird? Der einzige Vergleich, der uns in diesem Zusammenhang eingefallen ist, ist die Bezeichnung „Zecken“, mit dem Nationalsozialisten sog. Asoziale bezeichneten.*

*Wir wehren uns dagegen, daß ein solches Plakat auch noch mit dem Buchstaben C gekennzeichnet ist und wohl an Christinnen und Christen erinnern soll, die es auch innerhalb dieser Partei gibt. Wir wundern uns nur sehr, weshalb diese eine solche „Werbung“ zugelassen haben.*

*Auch wenn wir nicht glauben, daß dieses Plakat ohne Ihre Kenntnis aufgehängt wurde, möchten wir Sie trotzdem auffordern, diese Plakate sofort entfernen zu lassen.*

*Ich möchte jedenfalls alle Kirchengemeinden auffordern, solche Wahlplakate zu verändern, indem das Wort „Laus im Pelz“ und der Buchstabe „C“ übersprüht werden.*

*Im Auftrag des Gottesdienst-Nachgesprächskreises vom Sonntag dem 8.10.1995  
Christian Müller, Pfarrer.*

SPD/AL/PDS mit Läusen verglich, reagierte diese darauf mit Nichtbeachtung. Kein Flugblatt, kein Plakat nahm darauf Bezug. Daß es in der CDU nach deren Fusion mit der OST-CDU und der DDR-Bauernpartei DBD mehr „rote Socken“ und gewendete Blockpartei-Größen gibt als in der PDS, die SPD ging vornehm darüber hinweg.

Alles, was zu einer Polarisierung der CDU gegenüber geführt hätte, es wurde (planmäßig?) vermieden. Wählerinitiativen, die klassischerweise einen Hauptteil des SPD-Wahlkampfes tragen, kamen faktisch nicht zustande.

Auch die Sparpolitik war für die SPD kein Thema. Daß es in der Stadt zu Recht eine massive Angst vor weiterer Zunahme der Arbeitslosigkeit gibt, daß der Sozialabbau ständig zunimmt, die Mieten steigen und daß der Lebensstandard der Masse der Bevölkerung sinkt – auch dies war kein Thema für die SPD. In Ostberlin besetzte die PDS diese Bereiche und in Westberlin waren es die Grünen. Daß die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Berlin kaum noch vorhanden ist, ist dafür nur ein Reflex. Ein letztes Beispiel: In der Frühphase des Wahlkampfes hatte die SPD die Schaffung von 100.000 weiteren Arbeitsplätzen versprochen. Die CDU machte diesen Vorschlag nieder, er sei unrealistisch, unbezahlbar und alles in allem völlig utopisch – eben sozialistisch. Keine (sichtbare) Reaktion seitens der SPD. Wenige Wochen später trat die CDU mit dem Versprechen von sogar 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen an die Öffentlichkeit. Reaktion der SPD: .....

Wer in Berlin für die große Koalition war, wählte gleich die CDU, wer dagegen war, konnte PDS oder grün wählen oder blieb zuhause.

Was in der Öffentlichkeit außerhalb Berlins kaum registriert wurde, war der Anteil von über 8% bei den „Sonstigen“. Das

bedeutet, daß das bestehende Parteiensystem weiter ausfranst und die Bindungsfähigkeit der Alt-Parteien noch weiter nachläßt. Die rechtslastige Berliner FDP verschwand mit 2,5% in der Versenkung.

Was nun? Ganz egal, was der Landesparteitag beschließt und was Vorstand und Fraktion machen – sie können dem Dilemma nicht entrinnen, in das sie das Wahlergebnis gebracht hat. Entschließt sich die SPD, wie es die Linke will, für die „Reinigung in der Opposition“, wird die CDU Neuwahlen anstreben. Für diesen Fall geben die Meinungsforscher der SPD 20 – 21%. Oder die SPD setzt, schwächer als vorher, mit der CDU das „bewährte Bündnis“ fort und muß dann mit der CDU in den nächsten Jahren eine Sozialabbau-Politik verantworten, eine Politik, die bereits jetzt 3 Milliarden DM im Jahr sparen will bzw. muß; 25.000 weitere Stellen im öffentlichen Dienst vernichtet und das Absaufen der Stadt eher noch beschleunigt. Die CDU ist darauf angewiesen, daß die SPD dieser Politik sekundiert. Sicher ist, daß bei den nächsten Wahlen die SPD mindestens dadurch nichts gewinnt, wahrscheinlicher aber die Quittung dafür bekommt. Seine Quittung bereits bekommen hat der Landesverband, der aufgrund der Wahlniederlage fast eine Million Mark weniger als Wahlkampfkostenerstattung erhalten wird. Aus informierten SPD-Kreisen ist zu hören, daß die Hälfte der Hauptamtlichen mit der Kündigung zu rechnen hat. Vielleicht können sie dann die Zeit für ein gründliches Nachdenken nutzen. Der SPD ist es zu wünschen.

1 Schlagzeile der alternativen TAGESZEITUNG (TAZ) vom 23. 10. 1995  
2 TAZ-Berlin v. 24.10.95

# Scharping, Schröder und der demokratische Sozialismus

## Beobachtungen und Gedanken zum Zustand der SPD

Modern wollen sie sein, die Enkel. Scharping ließ kürzlich wissen, daß ihm der Begriff Sozialismus nicht wichtig sei, er sich lieber über Inhalte streiten wolle als über Reizwörter. Bei der letzten Haushaltsdebatte war es dann der Kanzler, der Scharping ausdrücklich als führenden Sozialisten Europas bezeichnete und damit Gespür zu beweisen schien dafür, wie man den politischen Gegner an empfindlichen Stellen treffen kann. Ja, sie können einem fast leid tun, jene, die zu einer Zeit in der Partei anfangen, als sich jeder fortschrittlich denkende Mensch in etwa so positiv auf „Sozialismus“ bezog, wie heute auf die „Ökologie“, in den Siebzigern. Modern wollten sie sein, schon immer, und jetzt gelten sie als antiquiert, denn die Zeiten haben sich gewandelt, und nun haftet ihnen dasselbe als Makel an, was sie gestern noch zur fortschrittlichen Elite zählen ließ. Und das wollen sie doch nicht. Dohnanyi hatte bereits vor einigen Monaten darauf gedrängt, daß die SPD sich endlich von allem verabschieden müsse, was nach Klassegegensätzen und Auseinandersetzungen rieche, z.B. vom Kampfbegriff „Genosse oder Genossin“, denn das passe nicht mehr in die Zeit. Auch der ehemalige wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag verwies anlässlich seines Rücktritts in diese Richtung als er mitteilte, einige Teile der Partei könnten sich immer noch nicht vom Klassenkampf verabschieden in einer Zeit, in der es keine Konflikte

zwischen Klassen mehr gäbe. Und einige Tage später forderte Hans Ulrich Klose dann ein neues Grundsatzprogramm. Das gültige sei vor dem Zusammenbruch des Ostblocks entstanden und enthalte Standpunkte, die nicht mehr zur Realität passten. Es neu zu diskutieren und zu ändern, könne eine Chance der SPD zu einer grundsätzlichen Erneuerung sein. Der lauteste aber blieb Schröder. Er gab im Spiegel ein Protokoll, daß die SPD sich vom demokratischen Sozialismus verabschiede. Ihre derzeitigen Auseinandersetzungen seien die Abschiedsschmerzen. In der Substanz gäbe es zwischen der SPD und den Konservativen in der Wirtschaftspolitik keine Unterschiede. Seit 89 sei das passé.

In der Tat spricht das Grundsatzprogramm der SPD eine erstaunlich prägnante Sprache.

„Demokratie und Sozialismus, Selbstbestimmung der Menschen in Politik und Arbeitswelt“, dafür stehe die SPD, denn es sei die historische Grunderfahrung der Arbeiterbewegung, – man höre und staune – daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ sei nötig. Es gehe darum, den Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchzusetzen. Dafür strebe die SPD ein Reformbündnis an mit möglichst vielen Gruppen und Kräften weil, so der Text, „wir den Widerstand derer zu überwinden haben, die alles zum Fort-

schritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zugute kommt.“

Jedoch, ist Schröders Kritik an der real existierenden SPD denn nicht ungerecht? Wenn er fordert, die SPD müsse die Flexibilisierung der Wirtschaft endlich mittragen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern, dann greift seine Kritik doch offensichtlich ins Leere. Denn was hat diese Partei seit 1980 nicht alles mitflexibilisiert: Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe und BAFÖG, alle volkseigenen Betriebe, den Ladenschluß und die Lehrerarbeitszeit sowie die Maschinenlaufzeiten. Nicht zu vergessen die Privatisierung von Bundesbahn und Bundespost und von Krankenhäusern und Stadtwerken. Das muß sich die „alte Tante SPD“ doch nicht vorwerfen lassen. Programm hin, Programm her, wenn die ökonomischen Sachzwänge nach Strukturrevisionen schrien, dann war sie immer zur Stelle, um ehemals als richtig Erkanntes nun aufzugeben.

Vor einiger Zeit diskutierte im Fernsehen u.a. der schweizer Soziologe und Sozialdemokrat Jean Ziegler mit dem SPD-Poli-

tiker Peter Glotz. Dabei ging es auch um Zustand und Zukunft des demokratischen Sozialismus in Europa. In diesem Zusammenhang bemängelte Ziegler, daß die bei der Tagung der Sozialistischen Internationale gehaltene Rede von Scharping auch genauso gut von Chirac oder Kohl hätte gehalten werden können, so konservativ sei sie gewesen. Sodann forderte er in selten zu hörender Deutlichkeit, daß die sozialistischen Parteien endlich wieder dazu übergehen müßten, sozialistische Politik zu machen. Glotz hörte sich das an und antwortete lapidar, er wüßte nicht, wie die aussehen könne.

Das verweist auf ein Problem, mit dem diejenigen zu kämpfen haben, die innerhalb der Partei um linke, reformpolitische Programmatik ringen. Es gibt weder nennenswerten öffentlichen Druck noch Vorbilder bzw. Vorreiter für eine sozialistische Reformpolitik.

Von niemandem wird die SPD zur Zeit zu einer anderen Wirtschaftspolitik gedrängt. Nirgendwo kann die Rede sein von relevanten Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften oder Parteien, die von ihr eine so-



zialistische Wende verlangen oder ihr programmatisch nahelegen. Zwar beklagen die Wohlfahrtsverbände und Kirchen in regelmäßigen Abständen die soziale Kälte in diesem Land, und es gibt zu deren Bewältigung unterschiedliche Lösungsvorschläge, die durchaus als „eher links“ bzw. „eher rechts“ einzuordnen sind und auch innerhalb der Partei von unterschiedlichen Fraktionen vertreten werden. Im übrigen steht die von den Grünen geforderte „ökologische Steuerreform“ auf der Tagesordnung, die auch durchaus fortschrittliche Elemente enthalten kann. Aber mit der Forderung nach einer sozialistischen Wende, die grundlegende Einschnitte in die ökonomische Struktur mit sich brächte und nicht im Distributions- sondern im Produktionsbereich linkes Profil zeigte, verbinden das sehr wenige.

Gleichzeitig gibt es beispielsweise zur Zeit so gut wie keine bedeutende sozialistische oder kommunistische Partei in irgendeinem westlichen Land, die eine Politik vertritt oder praktiziert, die als sozialistische Alternative in diesem Sinne angesehen werden könnte, wenn es auch Variationen gibt zwischen, beispielsweise, den schwedischen und den spanischen Sozialisten. Im Gegenteil: Die englischen Sozialdemokraten demonstrieren gerade beeindruckend, wie man durch strammsten Mittelkurs ungeahnte Popularitätswerte erreichen kann.

Kurz: Wer der Mehrheits-SPD vorwerfen will, sie verweigere sich wider besseren Wissens einer profiliert sozialistischen, anti-kapitalistischen Reformpolitik, ohne auf öffentlichen Druck und ähnliche politische Bewegungen verweisen zu können, hat es zumindest schwer.

Andererseits ist es aber auch ungerecht, der SPD generell ein fehlendes, eigenständiges Profil vorzuwerfen. Beispielsweise die Bundestagsfraktion in Bonn: Ein beharrlicher Sozialpolitiker wie Rudolf Dressler, der heute schon als Linksaußen gehandelt

wird, nur weil er einige Zeit seine Position nicht revidierte, opponiert sehr wohl sehr deutlich gegen sozialpolitischen Kahlschlag der Regierung und rechnet deren Umverteilungen von unten nach oben exakt vor. Er wird zum Beispiel nicht müde darzulegen, daß die Kosten der Einheit auf die Sozialversicherungen abgewälzt wurden und damit zum übergroßen Teil von jenen gezahlt werden, denen man als Folge daraus jetzt die Leistungen wegen leerer Kassen streicht: den sogenannten „kleinen Leuten“. Aber: In der heutigen Zeit ist nichts so uninteressant und so „out“ wie exakt argumentierende Sozialpolitiker (auch innerhalb der Partei, wie es scheint). Niemand erzeugt eine so geringe, öffentliche Resonanz wie derjenige, der soziale Ungerechtigkeiten anprangert und damit andere politische Konzepte verbindet. Und so entsteht dann die paradoxe Situation, daß ein Mann wie Schröder, der seine prinzipielle Übereinstimmung mit der Regierung bekundet, als kerniger Oppositionspolitiker gilt, während beharrlichen Oppositionellen vorgeworfen wird, ihrer Rolle nicht zu genügen.

Zudem gibt es natürlich zahlreiche Sozialistinnen und Sozialisten innerhalb und insbesondere außerhalb der Partei, deren Kapazitäten und reformpolitische Konzepte keinerlei Beachtung finden. Von einem innerparteilichen Ringen um eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht am Profit orientiert wäre, so wie es das Parteiprogramm ankündigt, kann keine Rede sein, obwohl es dieses Ringen an vielen Stellen gibt und Ergebnisse hervorbringt, die in wirkliche Reformpolitik münden könnten. Aber die konservative Hegemonie in Deutschland drückt sich eben auch in einer innerparteilichen Hegemonie aus. Und so kommt es dann, daß eine scharfe Auseinandersetzung um Kandidatinnen und Kandidaten und Funktionen in der Partei entsteht, die nichts mit divergie-

renden politischen Konzepten zu tun hat, sondern nur mit Showtalenten. Vorbei die Zeiten, wo noch um linke Politik gestritten werden mußte, bevor man sich gegen sie entschied.

Denn der Zeitgeist steht nicht links. Und in dieser Zeit mit ihrem Geist wollen sie nun modern sein, die Enkel. Und wenn sie dann miteinander darum konkurrieren, wer es, überspitzt formuliert, besser genauso machen kann wie Kohl, dann drängt sich irgendwann eine Frage auf, die zum Verdacht wird: Vielleicht war es mal modern, dem Arbeiter etwas mehr Geld zu geben und die Arbeitszeit zu verkürzen. Vielleicht war es mal modern, Großkonzerne in Gemeineigentum überführen zu wollen und, später, zumindest die Demokratisierung der privaten Wirtschaft anzustreben und jetzt ist es eben modern, ein Drittel der Gesellschaft schlicht fallen zu lassen, Gemeineigentum zu privatisieren und Arbeitskraft zu flexibilisieren. Damals hat die SPD

moderne Politik gemacht und Schröder will nichts anderes, als auch heute moderne Politik zu machen.

Das einzige, was Scharping ihm entgegenhält ist die Behauptung, es besser zu können. Und ich mag nicht darüber diskutieren, ob er recht hat.

## Wider den Tod!

Zeitung für Befreiungstheologie  
und spirituelles Leben

Nr. 6 Herbst 1995

### SCHWERPUNKT ÖKOLOGIE UND KAPITAL

Pax Christi:

„Wer Ökologie sagt, muß auch Antikapitalismus sagen!“

Dr. Martina Ludwig:

Gut ist: Gerechtigkeit üben.

Das Elfte Gebot:

„Du sollst Energie sparen!“

Eine Studie des Ökoinstituts Freiburg.

Begehrenswert:

Wider den Tod! und das Kirchenvolksbegehren.

Meditationen - Gedichte - Rezensionen - Kurznachrichten

64 Seiten - DM 4,50 (inkl. Porto)

Wider den Tod!  
c/o Café Nixda  
Raimundstr. 13  
55118 Mainz  
Fax: 06131/618670

## Schlecht gebrüllt, Löwe!

Resolution an die Synode und den Rat der EKD.

Wir fordern von Synode und Rat der EKD:

- Militärbischof Hartmut Löwe muß sofort von sämtlichen Leitungs- und Vertretungsämtern der EKD entbunden werden!
- Synode und Rat der EKD müssen sich von Hartmut Löwes Äußerungen über die angebliche Bekenntniswidrigkeit einer prinzipiellen Ablehnung von Gewalt (vergl. epd 10/95, S.5) klar distanzieren!
- Die derzeitige Militärseelsorge, die Leiter wie Löwe hervorbringt, der sich klar in die antidemokratische und militaristische Linie der Deutschen Evangelischen Kirche in der Weimarer Republik und darüberhinaus stellt, muß grundlegend geändert werden!
- Der künftige Botschafter der EKD bei der Bundesregierung muß sich klar zu der Position des Rates der EKD bekennen, die dessen Vorsitzender, Landesbischof Dr. Engelhardt, formuliert hat: Vorrang vor allen Mitteln der Gewalt habe der „entschlossene Ausbau von nichtmilitärischen Mitteln zur Bearbeitung und Lösung von Konflikten“.

### Begründung:

In der Auseinandersetzung um ein Plakat des Friedensarbeitskreises der Berliner Patmos-Kirchengemeinde, das die Gemeinde in U-Bahn-Wagen aushängen läßt (Inhalt: „Das lernt Mann bei der Bundeswehr – drohen, töten, vernichten“) hat Militärbischof Löwe, frisch im Amt, sich zu der Behauptung verstiegen, der Inhalt sei „schlicht bekenntniswidrig“ (epd 10/95, S.5). Prinzipielle Ablehnung von Gewalt sei, so der Soldatenbischof, eine mangelnde Aufmerksamkeit für das reformatorische Bekenntnis, da nach diesem Bekenntnis Recht und Frieden gerade nicht ohne Androhung und Anwendung von Gewalt erhalten werden könnten.

Militärbischof Hartmut Löwe ist der „Botschafter“ der EKD bei der Bundesregierung. Zugleich ist er der kirchliche Verhandlungsleiter für die Gespräche mit dem Staat über die vom Rat der EKD angestrebte „Veränderung in der evangelischen Militärseelsorge“.

Löwe, der sich durch solche Äußerungen klar in die Linie der militaristischen und antidemokratischen Politik der Deutschen Evangelischen Kirche der Weimarer Zeit und darüberhinaus stellt, ist aber als Botschafter der EKD untragbar.

Löwe, dessen Aussagen zu militärischer Gewalt selbst denen des Rates der EKD, geschweige denn denen vieler Christinnen und Christen, total widersprechen, ist als Militärbischof untragbar.

Durch Löwes Verhandlungsführung ist in den Gesprächen mit der Bundesregierung nicht gewährleistet, daß alles getan wird, den Wunsch der EKD zu einer Armeeferneren Neuregelung der Militärseelsorge umzusetzen.

Wir sagen NEIN zum Rückfall der Kirche in militaristische und antidemokratische Traditionen!

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands

Ulrich Peter

## Der BRSD auf dem Kirchentag

Evangelische Kirchentage wie Katholikentage sind eine gute Gelegenheit für Organisationen wie die unsere, sich dem (mehr oder weniger) interessierten Kirchenvolk zu präsentieren und die eigenen Positionen vorzustellen. Seit 1977 nimmt unser Bund traditionell am Evangelischen Kirchentag teil. Da diesmal Hamburg als Ort gewählt wurde, hatte unsere Regionalgruppe Hamburg/Nordelbien die Hauptarbeit der Vorbereitung zu leisten. Unser Stand im Marktbereich 2 „Ordnungen, die den Menschen dienen“ mit dem Motto „Kritik des Kapitalismus – Sozialismus als Alternative“ war Teil einer Kooperation mit ICL (Initiative Christliche Linke) und Cfs (Christen für den Sozialismus) „Wir brauchen Alternativen zum Kapitalismus“. Diese Kooperation war leider eine ausschließlich räumliche, abgesehen davon, daß unser Stand wegen seiner Sitzzecke und des Reso-Monopols an Kaffeemaschinen auch von Aktiven der ICL und Cfs frequentiert wurde. Immerhin war diese räumliche Kooperation schon der hervorzuhebende Höhepunkt unserer gemeinsamen Geschichte, und aus Raum und Zeit kann ja auch mal mehr werden. Auf die zahlreichen periodischen Anfragen interessierter BesucherInnen, warum es denn überhaupt drei Gruppierungen mit so ähnlichen Zielsetzungen gäbe, sagten wir genauso periodisch, daß wir

dies auch nicht nachvollziehen könnten und verwiesen dann an die Nachbarstände weiter. Soweit zum Punkt Kooperation.

Die BRSD-interne Kooperation klappte wiederum sehr gut. Hamburg hatte die Dekoration des Standes und die organisatorischen Voraussetzungen übernommen (an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle HamburgerInnen!!). Berlin brachte den



Büchertisch und viele Dekorationsmaterialien mit. Im Ergebnis war unser Stand optisch so gut dekoriert, daß er schon von weitem zu erkennen war. Außerdem waren wir räumlich gut plaziert. Wir hatten dank der vielen BundesgenossInnen, die am Stand mitarbeiteten, keine Probleme, während der langen Zeiten von 9.00 – 18.00 den Stand zu besetzen. Rechtzeitig zum Kirchentag war Heft 2/1995 von CuS fertiggestellt worden und ein neues CuS-Werbeblatt. Beide fanden guten Absatz. Von den CuS-Probeexemplaren wurden mehrere hundert Stück mitgenommen. Als ein Reflex der guten Resonanz auf dem Kirchentag sei noch der Verkauf von Reso-Material genannt, der nicht nur die Kirchentagskosten deckte, sondern uns noch ein kleines Plus einbrachte.

Besonders haben wir uns über die auffällig gute Resonanz bei den Standbesucherinnen und -besuchern gefreut. Eine Vielzahl guter Gespräche, mehrere Neuaabos und Neueintritte geben uns neuen Mut und Hoffnung für die Zukunft. Auch nach dem Kirchentag erreichten uns noch viele Anfragen. Zumindest in der evangelischen Kirche scheint nach dem Einbruch 1989 das Interesse an sozialistischen Positionen wieder zuzunehmen. Bleibt zu hoffen, daß sich dieses Interesse auch für unserem Bund hinsichtlich einer personellen Verstärkung auswirkt.

Unser Gottesdienst „Gut ist: Gerechtigkeit üben“ war mit ca. 70 Personen etwa so gut besucht, wie der Gottesdienst beim Kirchentag in München, allerdings war uns diesmal eine größere Kirche zugewiesen worden, so daß Martina Ludwig ihre Predigt in einer halbleeren Kirche hielt.

Der Kirchentag insgesamt war kaum politischer als der vorherige in München, allerdings fehlte in Hamburg die dortige massive Repräsentanz rechts-evangelikaler und fundamentalistischer Gruppen. Poli-

tisch hervorzuheben ist eine Veranstaltung zum Thema Atomenergie mit Ministerin Merkel, die von den AKW-GegnerInnen minutenlang ausgepfiffen wurde. Die Veranstaltung stand kurzfristig vor dem Abbruch, als Leibwächter der Ministerin einen Demonstranten rabiat aus dem Saal zerrten. Auf dem Markt der Möglichkeiten griffen Autonome den Stand der Pan-Europa-Jugend an, die als rechtsradikal gilt und u.a. Flugschriften feilbot, in der die DDR als „Mitteldeutschland“ firmierte.

**„Wir klagen über unseren fehlenden Mut, dieses System zu verändern“, sagte der Prediger beim Abendmahl der Religiösen Sozialisten in der Kapernaum-Kirche, und nach dem Kyrie eleison rezitierte er: „Suchet das Gute und nicht das Böse, so lange ihr lebt“.** (Stern Nr. 26 v. 22.6.1995)

Der Markt der Möglichkeiten und verschiedene Foren machten deutlich, daß die Linke in der Evangelischen Kirche lebt und an vielen Orten und in vielen Gemeinden wichtige Projektarbeit leistet. Daß sie kaum vernetzt ist und Systemfragen für sie derzeit kaum eine Rolle spielen, ist ein Reflex der augenfälligen Schwäche der Gesamtlinken in der BRD. Wie sollte es dann in der Kirche anders sein. Der Korrespondent der „Berliner Zeitung“, Franz Sommerfeld, machte in seinem Bericht v. 19.6. auf einen anderen Aspekt aufmerksam. „Antje Vollmer und Heiner Geißler präsentierten gekonnt und selbstverständlich schwarz-grüne Harmonie. Etwas Vergleichbares in den Farben rot-grün fehlte. Überhaupt machte sich die SPD rar. Zwar hielten Sozialdemokraten herausragende Reden, aber als Partei spielte die SPD, anders als auf vergangenen Kirchentagen, keine Rolle – offensichtlich ein Abbild Bonner Verhältnisse.“

## Spendenaufruf 1995 – 5.000 DM für CuS Liebe Leserinnen und Leser von CuS !

Müßte sich unsere Zeitschrift CuS selber tragen, also nur aus dem Erlös der verkauften Hefte, dann wäre die sofortige Einstellung der Zeitschrift notwendig!

Das ist nicht neu. Zum letzten Mal riefen wir deshalb 1990 zu einer großen Spendenaktion auf. Damals hieß es: „Unser Ziel für 1990: 10.000 DM für »Christ und Sozialist«. Dank unserer Leserinnen und Leser haben wir damals unser Ziel erreicht. Wir setzen auch diesmal wieder auf sie!“

CuS erhielt und erhält keine Unterstützung von Parteien, Kirchen oder staatlichen Stellen. CuS wird ausschließlich aus den Abo-Einnahmen, durch die Mitgliedsbeiträge des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD), durch Spenden und, in zu geringem Maße, aus dem Freiverkauf finanziert.

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Auch die Autorinnen und Autoren erhalten keine Honorare. Trotzdem müßten wir für ein Jahresabo mindestens 35 DM (statt 20 DM) verlangen, wollten wir kostendeckend arbeiten. Die Einnahmen durch Abos und Freiverkauf (an Büchertischen, bei Kirchentagen, in einigen wenigen Buchhandlungen...) decken nicht einmal die Kosten für Layout, Druck und Versand vollständig ab. Werbungskosten und die Redaktionsarbeit (Telefon, Fahrtkosten, Kopien usw.) werden von der Redaktion selber oder vom BRSD getragen.

Den regulären Bezugspreis erhöhen möchten wir nicht, um auch Menschen mit geringem oder ohne Einkommen einen Bezug unserer Zeitschrift zu ermöglichen. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser um ihre Spende!

Wir werden weiterhin ehrenamtlich für CuS arbeiten. Trotzdem steigen die Kosten. Allein die Portokosten für den Versand haben sich in den letzten Jahren um 50% erhöht. Wir möchten versuchen, langfristig Fahrtkosten aus ökologischen und ökonomischen Gründen zu sparen. Deshalb wollen wir stärker auf die Telekommunikation setzen. Dazu benötigen wir zusätzliche Mittel für die entsprechenden Investitionen.

Unsere Zeitschrift erscheint in neuer Folge im 19. Jahrgang. Sie ist eine der wenigen linken christlichen Publikationen, die überlebt haben. Das liegt daran, daß CuS sich in den letzten Jahren weiter inhaltlich und in der äußeren Gestaltung verbessert hat. Trotzdem wird es extravagant bleiben, CuS zu lesen. Eine Zeitschrift, die das „gute Wort“ (Helmut Gollwitzer) „Sozialismus“ im Titel führt, wird in naher Zukunft keine Massenaufage erreichen.

**Damit CuS überhaupt erhalten bleibt, bitten wir:**

**Spenden Sie für den Erhalt von CuS**

Wandeln Sie als Verdienende Ihr Abo in ein Förder-Abo von 35 DM oder mehr um. Senden Sie uns die entsprechende Abbuchungserlaubnis aus diesem Heft. Beträge über 20 DM sind als Spende für den BRSD steuerlich absetzbar.

Werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis neue Abonentinnen und Abonnenten.

**Unser Ziel für 1995: 5000 DM für CuS!**

(BRSD e.V., – Der Bundesvorstand)

## Gut ist: Gerechtigkeit üben!

Predigt beim Abendmahlsgottesdienst  
des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands  
am 15. Juni 1995 auf dem Hamburger Kirchentag

Martina Ludwig

(Auszüge)

(...) Der Lesungstext Matthäusevangelium 20,1-14 macht mir zu schaffen. Er ist als Gleichnis über das Himmelreich, oder anders gesagt über die Gottesherrschaft, gestaltet. Als Religiöse Sozialist/inn/en erkennen wir in Analogie dazu auch eine Verpflichtung zum Handeln in der Welt.

(...) Ich meine, daß die Auslegung des Matthäus-Gleichnisses entweder nach dem Motto: „Etwas für Träumer, so richtet man den Standort Deutschland zugrunde.“ oder nach dem Motto: „Gar nichts Besonderes in der Sozialen Marktwirtschaft.“ zu kurz greifen. Ich möchte Jesus unterstellen, daß er uns mit der Geschichte verunsichern, zum Überdenken unserer Positionen, ja sogar zur Kritik an unseren eigenen Gefühlen bringen will. Ich verstehe das Gleichnis als Aufforderung, das uns Bekannte in der Gesellschaft, die Ungerechtigkeit zu hinterfragen, nicht im Status quo der einzigen noch vorhandenen Wirtschaftsordnung zu verharren. Ich fühle mich dadurch angesprochen, das Vertrauen und die Hoffnung aufzubringen, daß die Marktwirtschaft, etwas konservativ, aber präziser ausgedrückt, der Kapitalismus, nicht das Letzte ist, das sein wird, nicht das Ende, gar die Krönung der Geschichte, wie es manche US-Amerikaner propagieren. Es zeugt von mangelnder christlicher Hoffnung, sich abzufinden. Mischen wir uns ein bei der Diskussion und Überwindung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems, das sich immer mehr zu einem totalitären Gesellschaftssystem ohne Alternativen entwickelt. Mischen wir uns ein in den Diskussionsprozeß über das gemeinsame Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Mitgestaltung der Welt in religiös-sozialistischem Sinn gehört zu unserem Auftrag und kann auch theoretische Stellungnahme bedeuten. Es gibt fortschrittliche Kritiker/innen des Papiers, die es für so abwegig halten, daß es nicht zu kritisieren, nur noch neu zu schreiben sei. Ich bin anderer Meinung. Ähnlich wie das Kirchentagsplakat hat die Diskussionsgrundlage zu einem gemeinsamen Wort der Kirchen in der Öffentlichkeit Signalwirkung. Wenn aus ihr spricht, daß sich die Autor/inn/en nichts anderes mehr vorstellen können als den Kapitalismus, wenn auch einen gezähmten, dann müssen wir dem entgegentreten. Und das ist tatsächlich der Tenor des Papiers: außer dem Kapitalismus ist nichts mehr denkbar. Das ist eine große Hoffnungslosigkeit. Wo bleibt unsere von Jesus eingeklagte Haltung, eine andere Gerechtigkeit, ein anderes Glück zu erwarten und uns dafür einzusetzen? In dieser Hinsicht ist das Kirchenpapier schädlich für unseren Glauben, unsere Hoffnung, unsere Welt und unseren christlichen Ruf. Kirche kann also nicht nur umweltschädlich, sondern auch sozial unverträglich sein. (...)

Ulrich Peter

Wie nah sind uns manche Tote, doch wie tot sind uns manche,  
die leben...<sup>1</sup>

## Nachruf für Theo Pirker und Leo Kofler<sup>2</sup>

Theo Pirker, 2.2.1922 – 31.8. 1995

Nur relativ wenigen ist der Name Theo Pirker ein Begriff. Das steht in einem deutlichen Gegensatz zur Bedeutung dieses Mannes für das Denken der (west-) deutschen Nachkriegslinken. Pirker war bis 1989 Professor für Soziologie an der FU Berlin und einer der bekanntesten Industriosozologen Europas. Vor seiner Professur, die er erst 1972 nach langen Wanderjahren (er war u.a. Gastdozent in Pakistan und Israel) erhielt, lagen abenteuerliche Jahre. Pirker wurde im 2. Weltkrieg als Fallschirmjäger schwer verwundet und studierte seit 1944 v.a. Germanistik und Soziologie. Seit 1946 war er Mitarbeiter an der wichtigen links-katholischen Zeitschrift „Ende und Anfang“<sup>3</sup> und Mitglied des überwiegend katholischen „Bundes christlicher Sozialisten“, dessen Bundesleiter er später wurde. Aber nicht um seine Aktivität im kritischen Katholizismus soll es hier gehen. Der junge Links-Intellektuelle wurde 1950 hauptamtlicher Bildungsarbeiter im DGB Bayern und führte gleichzeitig die ersten soziologischen Betriebsstudien in Deutschland durch. In der beginnenden Bewegung gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands wird er rasch zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten und zu einer wichtigen Brücke zwischen Arbeiter- und bürgerlicher Friedensbewegung. 1953 wurde er enger Mitarbeiter des links-sozialistischen DGB-Theoretikers Viktor Agartz im damaligen Wirtschaftswissenschaftlichen

Institut des DGB (WWI, heute WSI). Pirker und Agartz waren gegen das sozialpartnerschaftliche Mitbestimmungskonzept und für die demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht durch Beauftragte der Gewerkschaften. Darüber hinaus strebten sie die Neuordnung der Grundstoffindustrie an. Sie wollten vergesellschaftete Selbstverwaltungsunternehmen mit Eigenverantwortlichkeit und keine verstaatlichten Betriebe. Agartz und Pirker wollten lebendige Gewerkschaften als Gegenmacht zur Kapitalmacht und orientierten im DGB auf die Stärkung der sozialistischen Kräfte. Damit lagen sie quer zu dem Konsens des „kalten Krieges“ und einer Ideologie von Einheitsgewerkschaft, die diese zahnlos/überparteilich und damit unparteiisch-wertfrei neben die Parteien stellte. Eine Koalition von CDU-Gewerkschaftern (inhaltlich munitoniert von Nell-Breuning) und Apparatkraften des DGB vertrieben Agartz und Pirker unter dubiosen Umständen aus dem WWI, und 1957 wurden beide, die eine noch heute interessante sozialistische Zeitschrift namens „WiSo“ herausgaben, wegen Hochverrats und Spionage vom Bundesanwalt angeklagt (DDR-Stellen hatten u.a. ein Sammelabo der WiSo bezahlt) und erst nach ausgiebigem Prozeß freigesprochen. Ihr Verteidiger war der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann! Beide waren allerdings, wie es Pirker später schilderte, im Klima des kalten Krieges zur Unperson geworden, für SPD und DGB existierte Pirker künftig nicht mehr<sup>4</sup>. Arbeitsmöglichkeiten

im Westen gab es für ihn nicht (mehr) und in den Osten wollte der Anti-Stalinist erst recht nicht. Freunde verhalfen ihm zu kleinen journalistischen Aufträgen. So verfaßte er ein Gutachten, das erst 1977 unter dem Titel „Die verordnete Demokratie“ veröffentlicht wurde. In dieser Zeit verfaßt er auch unter dem Titel „Die blinde Macht“ eine zweibändige Geschichte der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis 1960, das 1960 in München erstmals erschien und 1979 in Berlin erneut als Reprint verlegt wurde. Wer verstehen will, wie der DGB so wurde, wie er ist, greife zu Pirker! Ein weiteres wichtiges Werk „Die SPD nach Hitler“, eine SPD-Geschichte von 1945 – 1964, erschien 1965 und erneut 1977 in Berlin. Außerdem ist sein Buch „Die Moskauer Schauprozesse“ zu nennen.

Pirker griff Themen auf, die später von der Linken übernommen wurden, die seine Thesen vertraten, ohne den Urheber zu nennen. Ein Beispiel ist seine Kritik an der Entstehung der BRD und ihrer Verfassung. Stichworte hierfür sind: „Verordnete Demokratie“, „Kanzlerdemokratie“, „Monopolisierung der Politik durch bürokratische Parteiparadise“, „Einrichtung von SPD und Gewerkschaften im autoritären Staat“ etc. Von ihm stammt die These von der Entwicklung der Gewerkschaften zum reinen Versicherungsbetrieb (1965). 1978 schrieb Pirker einen Aufsatz „Vom Ende der Arbeiterbewegung“<sup>5</sup>, zu einer Zeit, als solche Fragestellungen „von links“ in der Linken völlig tabuisiert waren. Heute, 20 Jahre später, stehen wir vor den gleichen Fragen.

Den LeserInnen von Cus möchte ich neben den bereits genannten Schriften den 1988 im Marburger SP-Verlag erschienenen Band Martin Janders „Theo Pirker über Pirker“ empfehlen, ein über 146 Seiten gut geführtes Gespräch Janders mit Pirker, interessant und spannend bis zur letzten Seite.

**Leo Kofler, 26.4.1907 – 29.7.1995**

„Kofler ist sicherlich innerhalb der marxistischen Tradition das, was man als einen sehr eigensinnigen Menschen bezeichnen könnte, aber kein Dogmatiker. Die wirklich eigensinnigen Menschen sind nie Dogmatiker, aber sie halten an dem fest, was für sie einmal wichtig war, und opfern Kategorien nur unter der äußersten Beweislast ihrer Unwahrheit. Sie schließen sich nicht Moden an und geben nie das auf, was geschichtlichen Erfahrungsgehalt repräsentiert. Kofler hat sich seit frühesten Jahren innerhalb der Arbeiterbewegung immer quergelegt; er ist deshalb auch nicht erfolgreich gewesen im Sinne auch nur einer Durchschnittskarriere eines deutschen Ordinarius. Selbst eine solche Durchschnittskarriere ist ihm noch verweigert worden.“<sup>6</sup>

Kofler, als Kind jüdischer Eltern in der polnischen Ukraine geboren, wuchs in Wien auf, wo er das Handelsgymnasium besuchte. Anschließend war er bis 1929 als kaufmännischer Angestellter tätig, danach war er arbeitslos. Diese Zeit nutzte Kofler, der Mitglied der sozialistischen Jugend und der damals „austromarxistischen“ SPÖ geworden war, zu einem intensiven autodidaktischen Studium der Theorie und der Geschichte des Sozialismus. Mit 22 Jahren wird er Referent der Wiener Arbeiter-Bildungs-Zentrale und Schüler des austromarxistischen Theoretikers Max Adler. Als 1938 Österreich an Nazi-Deutschland „angeschlossen“ wird, flüchtet er in die Schweiz. Dort lebt er als Emigrant bis 1947 in Lagern und arbeitet innerhalb des Arbeitsdienstes u.a. in der Schuhmacherei und im Straßenbau. Seine Eltern, die in Wien blieben, wurden in Auschwitz ermordet.

Im schweizerischen Exil verfaßt Kofler sein erstes, vielleicht sein wichtigstes Werk „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“. Da es Emigranten verboten war zu publi-

zieren, erscheint es unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski, eingeleitet und herausgegeben von Konrad Farner. Dieses Erstlingswerk findet eine große Resonanz. Wolfgang Abendroth begreift es als eines „der grundlegenden Werke der neueren Soziologie“. Für die Rekonstruktion des durch Stalinismus und Kautskyanismus deformierten historischen Materialismus steht es in einer Linie mit Karl Korsch's „Marxismus und Philosophie“ und „Geschichte und Klassenbewußtsein“ von Georg Lukasz.

Als in der damaligen SBZ sozialistische Hochschullehrer für die gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten gesucht werden, ist man an Warynski interessiert. So gelangt Warynski/Kofler 1947 nach Halle. Kofler, der nie an einer Hochschule immatrikuliert war, wurde mit seiner Schrift „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“ promoviert und mit einer zweiten Schrift „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“<sup>7</sup>, die ebenfalls in der Schweiz entstand und erstmals 1948 in Halle erschien, habilitiert. Im Vorwort dieser Schrift konnte Kofler unkontrolliert eine massive Kritik am SED-Dogmatismus unterbringen. Diese Schrift ist m.a.n. nach Max Beers „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“ das grundlegende Werk historisch-materialistischer Geschichtsbetrachtung und zeigt, zu welchen Leistungen dieser analytische Ansatz befähigen kann, wenn er nicht von Dogmatismus und Apparate-Diktatur erstickt wird. Der in Halle in die SED eingetretene Kofler gerät schnell in die Mühlen des Parteiapparats. Koflers Vorlesungen werden bespitzelt, an der Uni setzt die Parteigruppe eine Untersuchungskommission ein, und die noch greifbaren Exemplare von „Zur Geschichte...“ werden eingezogen. Als Professor für Geschichtsphilosophie und Direktor des Instituts für historischen Materialismus der Hallenser Uni ist er für die SED untragbar geworden.

R.O. Gropp, der Hofphilosoph des Politbüros, exkommuniziert Kofler im theoretischen SED-Organ „Einheit“ und titulierte ihn mit „Kofler – ein ideologischer Schädling“, ein „simpler Spießbürgeridealist“<sup>8</sup> der nur „Spießbürgersozialismus“ lehrte. Nachdem Kofler demonstrativ aus der SED austritt, werden seine Vorlesungen verboten. Zur Jahreswende 1950/51 flüchtet er in den Westen. Auch dort gerät er zwischen die Fronten. SPD und DGB sind auf dem Wege in Richtung Godesberg und Sozialpartnerschaft und benötigen nichts weniger als intellektuelle Marxisten. Koflers Aufenthaltsgenehmigung (er ist österreichischer Staatsbürger) wird verbunden mit der Anweisung, sich politischer Tätigkeit zu enthalten, Marxismus habe nur Gegenstand der Wissenschaft zu sein. Die Institution Wissenschaft aber verweigert sich ihm, der nicht bereit ist, dem Marxismus „als Anleitung zum Handeln“ abzuschwören. Einen bereits sicheren Ruf an die Universität Frankfurt 1954 verhindert Adorno, dessen „Frankfurter Schule“ Kofler kritisiert hatte. So hatte er die „kritische Theorie“ Horkheimers und Adornos als „praxisloses nihilistisches Verneinungs-Philistertum“ attackiert.

So an den Rand gedrängt schlägt sich der in Köln lebende Kofler als Vortragsreisender und freier Publizist mehr schlecht als recht durch. Kofler unterrichtet in VHS-Kursen, ist Dozent an der gewerkschaftlichen Sozialakademie in Dortmund und schreibt kontinuierlich in den Organen der „heimatlosen Linken“ zwischen SPD und KPD. Er übt auf den sich nach links entwickelnden SDS einen wichtigen Einfluß aus, Jürgen Briem schreibt in seinem Standardwerk zur SDS-Geschichte: „In Frankfurt erhielt die SDS-Gruppe eine Art marxistische Grundschulung durch Leo Kofler.“

Kofler war einer der wichtigsten Mentoren der 68er-Bewegung, so daß es nicht verwundert, daß er durch deren Druck

(durch einen Unistreik!) erstmals zum akademischen Lehrer in Westdeutschland ernannt wurde. 1972 erhielt der 65-jährige einen Lehrauftrag für Soziologie an der Ruhr-Uni Bochum und wurde 1975 dort zum Honorarprofessor ernannt. An der RUB war er Mentor vieler linkssozialistischer Intellektueller. Im Hamburger VSA-Verlag erschienen mehrere seiner Schriften. Besonders hervorzuheben ist ein „Gespräch anlässlich seines 80. Geburtstages. Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft“<sup>9</sup>. Im Bochumer Germinal-Verlag erschien 1980 die von Ernst Bloch herausgegebene Festschrift zu Koflers 70. Geburtstag „Marxismus und Anthropologie“, u.a. mit Aufsätzen von Wolfgang Fritz Haug, Ernest Mandel und Agnes Heller. 1991 erschien im Ostberliner Dietz-Verlag die Festschrift zu Koflers 80. Geburtstag, „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen“, mit Aufsätzen u.a. von Oskar Negt, Ernest Mandel, Ursula Schmiederer und Reinhard Kühnl. Beide Festschriften enthalten Kofler-Bibliographien und Tips zum Weiterlesen.

1977 wurde Kofler, der Mitglied der SPÖ geblieben war, zum Ehrenbürger Wiens ernannt. 1990 besuchte er auf Einladung der Universitäten in Halle und Leipzig sowie der Akademie der Wissenschaften in Berlin im Rahmen einer Vortragsreise seine früheren Wirkungsstätten in der ehemaligen DDR. 1991 erlitt Kofler einen Schlaganfall und mußte seine Vorlesungen an der RUB einstellen.

Für eine Linke, die nach dem Desaster des verstaatlichten Sozialismus auf der Suche nach Orientierungen ist, kann Koflers Denken ungemein hilfreich sein. Dieses Denken veranschaulicht der folgende Ausschnitt aus „Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft“, in dem Kofler eine Diskussion mit Wissenschaftsfunktionären der SED schildert:

„Charakteristisch war das Argument: Du bist ein Träumer, im Sozialismus kann

man nicht träumen, wir haben praktische Probleme, die wir zu lösen haben. Ich habe dann, auf dieses Argument vorbereitet, eine Leninbrochure aus der Tasche gezogen und ihnen eine einschlägige Passage daraus vorgelesen. „In unserer Partei gibt es zu wenig Träume, wir müssen mehr träumen.“ Dieses berühmte Lenin-Zitat war diesen Funktionären gar nicht geläufig, weil sie Lenin und auch Marx immer nur völlig ökonomistisch gelesen haben. Die Marxschen Aussagen z.B., daß die Menschen Teil eines sozialen Prozesses sind, Geschichte genannt, den sie „selber machen“, haben diese Leute genausowenig verstanden wie den erstaunlichen, von Marx vor Sigmund Freud geschriebenen Satz: „Sie wissen es nicht, aber sie tun es“. Die bloß ökonomistisch und mechanistisch geschulten Funktionäre haben damit nichts anzufangen gewußt.“

1 Wolf Biermann, Refrain des Liedes „Der Hugenottenfriedhof“, 1973.

2 Aus Platzgründen erscheint der Nachruf für Ernest Mandel erst im nächsten Heft.

3 Wer sich hierfür näher interessiert, sei auf die Studie Martin Stankowskis „Linkskatholizismus nach 1945“ verwiesen, die 1974 in Köln publiziert wurde.

4 Ich erinnere mich gut an einen Vortrag von ihm über diese Zeit, in dem er einiges aus dem „Nähkästchen plauderte“, und den er mit dem Satz abschloß: „Ihr wißt ja gar nicht wie das ist, wenn man mit dem Rücken an der Wand steht, und ich wünsche euch diese Erfahrung nicht!“

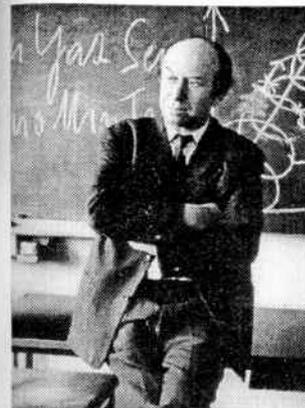
5 In: Ebbinghausen, R./F. Tiemann. Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Opladen 1984.

6 Oskar Negt, „Kritik als Kopf der Leidenschaft. Zur Bedeutung Leo Koflers für einen kritischen Marxismus“, in „Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen“; S.22.

7 1. Auflage Halle 1948, 7. Auflage Luchterhand-Verlag Darmstadt und Neuwied 1979. Außerdem gibt es verschiedene Raub-Druck-Ausgaben.

8 Einheit Heft 5/1950

9 Hamburg 1987.



Leo Kofler

Der bisherige Bundeskassenführer Rudolf Laeger ist von seinem Amt zurückgetreten. Der Bundesvorstand hat kommissarisch Florian Hars, Marienthaler Str.10, 20535 Hamburg, mit der Führung der Kasse beauftragt. Wir bitten, alle Anfragen und Korrespondenzen die Kassengeschäfte betreffend künftig an ihn zu senden. Die Umstellung der EDV und die Neuordnung der Kassenführung haben in einigen Fällen zu Mahnungen bei Abonentinnen und Abonenten geführt, die bereits bezahlt hatten bzw. es wurden irrtümlich höhere Beträge abgebucht. In diesen Fällen bitten wir um Mitteilung an Florian Hars.

#### Autorinnen und Autoren

Konrad Braun ist katholischer Religionslehrer in Freiburg. Udo Fleige ist Lehrer in Tübingen und Bundessekretär des BRSD.

Erhard Griese, Redaktionsmitglied von CuS, ist Gemeindepfarrer in Düsseldorf. Er war mehrere Jahre als Berufsschulpfarrer tätig.

Martina Ludwig ist evangelische Theologin und lebt in Friedrichroda/Thüringen.

Matthias Nauerth, Sozialarbeiter aus Ellerbek/Schleswig-Holstein, ist Redaktionsmitglied von CuS.

Ulrich Peter, Berufsschultheologe in Berlin, ist Bundessprecher des BRSD und Redaktionsmitglied von CuS.

Dieter Stork, Schulleiter der westfälischen Kirchenkreise Steinfurt-Coesfeld-Borken und Tecklenburg, lebt in Emsdetten.

**Mitarbeit:** CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

**Technik:** Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenschreibung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeitserleichterung bedeuten!

**Sprache:** Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement  
und Retour:**

BRSD  
Postfach 2521  
72015 Tübingen

Streifbandzeitung  
Gebühr bezahlt  
F 4637 F

**Helmut Gollwitzer**

## **Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)**

### **Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.